Nr. 97

5. April 1990

So, so, erst zum Doktor rennen,
und dann die Medizin
nicht schlucken wollen!

2:1

INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts
2,50 DM

2 DM

Vorwort:

Es ist schon ziemlich spät, die letzten Seiten werden zusammengeklebt und die Kneipe winkt - seit also froh: diese Woche gibt's kein Vorwort.

Briefe, Beschwerden und Bestellungen wie immer an: **Interim**
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Inhalt:

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

im Ordner: (diese und letzte Woche):

ein weiterer Aufruf und Aktionsplattform gegen das AusländerInnengesetz; Phillip Holzmann AG in Arnheim (Holland); ein Text zum Faschismus aus Göttingen; die Forderungen der Hungerstreikenden in Bochum; Flugis aus Oldenburg; das "6. Rundschreiben der Radikalen Linken; weitere Texte aus und über Moabit; ein Text aus 'ner Münchner Kulturzeitung; viel über die "Zeitbombe Atommüll; zwei Erklärungen zu Aktionen zum Grapo-Hungerstreik - einmal die zur Sprühaktion auf der Autubahnbrücke am Goerdelerdamm und eine aus Düsseldorf.

Verschoben sind auch ein paar Sachen.

Aufruf des 1. Mai – Vorbereitungsplenums

HÖRT AUF ZU JAMMERN, ES HAT DOCH GERADE ERST ANGEFANGEN.....

Alle auf die Straße zum revolutionären 1.Mai 1990

Auch dieses Jahr werden wir der Großmacht BRD kein Bein stellen, aber wir rufen auf, dieser Fratze des deutschen Imperialismus ins Gesicht zu spucken. Hier auf der Kapitaldrehscheibe Berlin, wo sich dieser aufgeplusterte Staat mit einer polierten Fassade präsentieren will, wollen wir unsere Spuren ziehen. Heute, morgen, übermorgen.

Wir rufen die Linke dieser Stadt auf, mit dem 1.Mai 90 ein lebendiges politisches Signal zu setzen. Trotz und Träume, Wut und Widerstand wollen wir gegen den Strom der Oberfläche, gegen den Sog der Kapitallogik, gegen Männermacht auf die Straße bringen. Wir wollen an diesem Tag nicht nur von dem grausigen Wind reden, der uns spürbar entgegenschlägt, sondern von unserer Entschlossenheit im Widerstand, von der Kraft und dem Mut zur Vielfalt und Unterschiedlichkeit.
Das wollen wir mit allen, die sich selbst vertreten wollen jenseits von Apparatschicks und FunktionärInnen, von Parteien und Gewerkschaftsapparaten, jenseits von Zentralismus und Hierarchien. Unsere Kraft ist die eigenständige Basisorganisierung von jeder und jedem. Unser Ziel ist, daß jede Stimme zählt. Deswegen haben wir keine abzugeben.



Was sich hier vor uns aufbaut, hat eine neue geschichtliche Qualität. Nachdem sich der BRD-Imperialismus den "Appetithappen" DDR einverleibt hat, droht dieser Staat zum Machtzentrum der europäischen Entwicklung schlechthin zu werden. Vor der unverdrängbaren Last der Geschichte dieses Landes stellt sich die Frage der Verantwortung der/des Einzelnen für das Ganze, für die Bewegung des Widerstandes, auch aus einem internationalistischen Verständnis heraus, zukünftig schärfer.

Das deutsche Kapital hat sich wie ein Stehaufmännchen von seinen historischen Niederlagen erholt. Gedungen, geduckt, zum Sprung bereit, aber nur nicht den Argwohn der Konkurrenten und Verbündeten weckend, expandiert es auf alten historischen Schienen; pünktlich, perfekt, mit unschuldiger Miene. Nach außen politisch vertreten als dummdreiste, biedere Variante, genannt Kohl, ist es hinter den Kulissen strebsam subtil, aggressiv berechnend. Geldsack konkurriert mit Geldsack, bierseelige Ellenbogendynamik, neuerdings yuppiemäßig aufgepäppelt. Zielbewußt, aber sinnentleert, gockelhaft vor schwarz- rot- gold polierter Eleganz.

Dass dieser Blendkram nicht reicht, wissen die Herrschenden nur zu gut.

Die Geschichte von Protest und Widerstand in der Bundesrepublik ist zwar nicht bahnbrechend, aber hat ihre deutlichen Konturen hinterlassen. Das konnte deren riesiges Unterdrückungsarsenal auch nicht verhindern: vom Berufsverbot bis zum Todsicherheitstrakt, vom § 129a bis zum Sondereinsatzkommando.

Zunehmend mobilisiert der Staat gegen den Widerstand, gegen die Millionen der Unzufriedenen und Zukurzgekommenen dreckige, menschenverachtende Kampfideologien. In neuer Aufmachung, aber in erschreckender Kontinuität stecken die Herrschenden mit AusländerInnengesetzen, europäischen Flüchtlings- und Grenzabkommen, mit Familienpolitik und Abtreibungsgesetzen, mit chauvinistischer Außenpolitik den Rahmen ab. Das soll rassistische, sexistische, nationalistische und auch faschistische Tendenzen unter den Beherrschten freisetzen. Fein sauber von oben angeschoben, um denen das Leben zur Hölle zu machen, die aufmucken, die unbrauchbar sind für die Kapitalverwertung, die Widerstand leisten.

Die seit langem angelegte zweite imperialistische Eroberung der osteuropäischen Staaten verstärkt diese Entwicklung. Wir wollen und können an dieser Stelle keine Analyse der Niederlage der RGW-Staaten präsentieren. Diese Debatte wird und muß uns noch beschäftigen.
Der faschistische Plan vom Großraum Europa im "dritten Reich" wird mit dem entstehenden "vierten Reich deutscher Nation" innerhalb des "europäischen Hauses" eine neue und wesentlich effektivere Gestalt annehmen.
Im Vorderhaus werden die europäischen "Kernstaaten" (Frankreich, England, BRD) sitzen, im Hinterhaus die Staaten Süd- und Osteuropas. Der Kulturchauvinismus, die "Segnungen westeuropäischer Demokratie" werden den ideologischen Garten bilden. Und im Keller nagen die Unterdrückten und Ausgebeuteten am Fundament.

Europa als Paradies der Multis und Banken - diese Vision der Bonzen, Kapitalisten, Politiker heißt Programm gegen uns:
Sonntagsarbeit, Teilzeitarbeit, Senkung der Lohnnebenkosten, Sozialabbau überhaupt, noch mehr unbezahlte Reproduktionsarbeit für Frauen, Umstrukturierung der Städte. Jede Information, jeder Transport, jede Kontrolle, jeder Handel, alles soll noch schneller gehen. Gewerkschaftliche Organisierung, einst erkämpfte Arbeitsbedingungen sind Hindernisse beim schnellen Profit und Konkurrenzkampf.
Herrschaft will sich absichern, jeden Funken Licht, wo aus Unzufriedenheit Widerstand wird, austreten:
keinerlei Zugeständnisse an die politischen Gefangenen, brutale Isolations-

folter als europaweites Abschreckungsmittel; keine Duldung von Hausbesetzungen europaweit. Kurzum: europäische Sicherheitspolitik nach innen, Abschottung nach außen.

Die Grenzen werden dicht gemacht für Flüchtlinge und ArbeitsimmigrantInnen. Einwanderung fein dosiert als Ventil für mobilisierten Fremden- und AusländerInnenhaß und als letzte Arbeitskolonne für Schwarz- und Drecksarbeit, so ist die Absicht der Metropolenherrscher gegen diese Menschen.
Hier eingreifen/angreifen, ist konkreter Antiimperialismus. Internationalismus heißt auch: Wir wollen mit denen, die vor Krieg, Hunger, Verfolgung, Armut hierher geflüchtet sind, eine gemeinsame Ebene finden, hier zu leben und zu kämpfen.

EG 92 bedeutet fürs Kapital auch neue wirtschaftliche, politische und militärische Ausgangsbedingungen für die Ausplünderung von Mensch und Natur zum Nulltarif, besonders in den Ländern der drei Kontinente. Die Landwirtschaft dort wird als unkontrolliertes Labor der neusten "Errungenschaften" der gen- und biotechnologischen Forschung der Multis benutzt. Die Bevölkerung, besonders die Frauen, sind die letzte menschliche Verschiebemasse, dem Elend organisierter Hungerkatastrophen freigegeben. Zwangssterilisation, Be-(Ent)völkerungspolitik, Vertreibung sind die logische Konsequenz dieser Politik.
Regenwaldvernichtung, Giftmüllagerung u.s.w.... die Liste ist endlos.
Hier vor unserer Nase werden all diese menschenverachtenden Pläne in den Büros und Labors der Multis ausgeheckt.

Seit Jahren gibt es Aktionen und Diskussionen von Teilen der Frauenbewegung gegen Bevölkerungspolitik, Prostitutionstourismus, zum Thema Neue Internationale Arbeitsteilung. Es entstanden Ansätze eines neuen antipatriarchalen Internationalismus, der die herkömmlichen Formen unseres Internationalismusbegriffes sprengt.

Bedingung für die Weiterentwicklung internationalistischer Praxis ist auch die Fähigkeit von einander zu lernen:
Von den Frauen in Italien, von der Shellkampagne in den Niederlanden, von den Kooperativen in Portugal, von der Stadtteilorganisierung im Baskenland, von den Enteigungsaktionen von Mexico bis Brasilien, von den Kämpfen in El Salvador, von der Intifada.
Gorleben, Wackersdorf verhindern, kann nicht heißen La Hague oder gar z.B. eine Atommülldeponie in Südafrika zu akzeptieren.
Streik bei Daimler in der Türkei! Sonderschichten bei Daimler hier? Nee, ohne uns. Es muß anders laufen:
Streik bei Daimler überall.
Streik bei der Textilfabrik Adler in Südkorea, Angriff militanter Frauengruppen auf Adler hier und als Perspektive: Streik bei Adler in Polen u.s.w. ...
Das wäre eine phantastische Zukunftsmusik.



Aber zur Zeit pfeift uns eine andere Melodie um die Ohren.
Olympiamärsche kündigen sich an, Hauptstadtgetöse. Ein Hauch von Herrenmentalität geistert durch die Stadt gegen Flüchtlinge, AusländerInnen und Frauen. Rassismus und Sexismus erblühen in alter Manie.
Immobilienhändler, Spekulanten, Bankiers wittern fette Beute, in der Börse knallen die Champagnerkorken, Daimler grabscht sich den Potsdamer Platz. Bullen aus Ost- und Westberlin verstehen sich prächtig.

Hereinspaziert sagen wir da nur! Der IWF-Kongreß sollte nur ein Vorgeschmack für euch sein! Machen wir den Bonzen, Kapitalisten, Politikern Berlin zu einer Geisterbahn! Fangen wir am 1.Mai damit so richtig an, in beiden Teilen der Stadt.

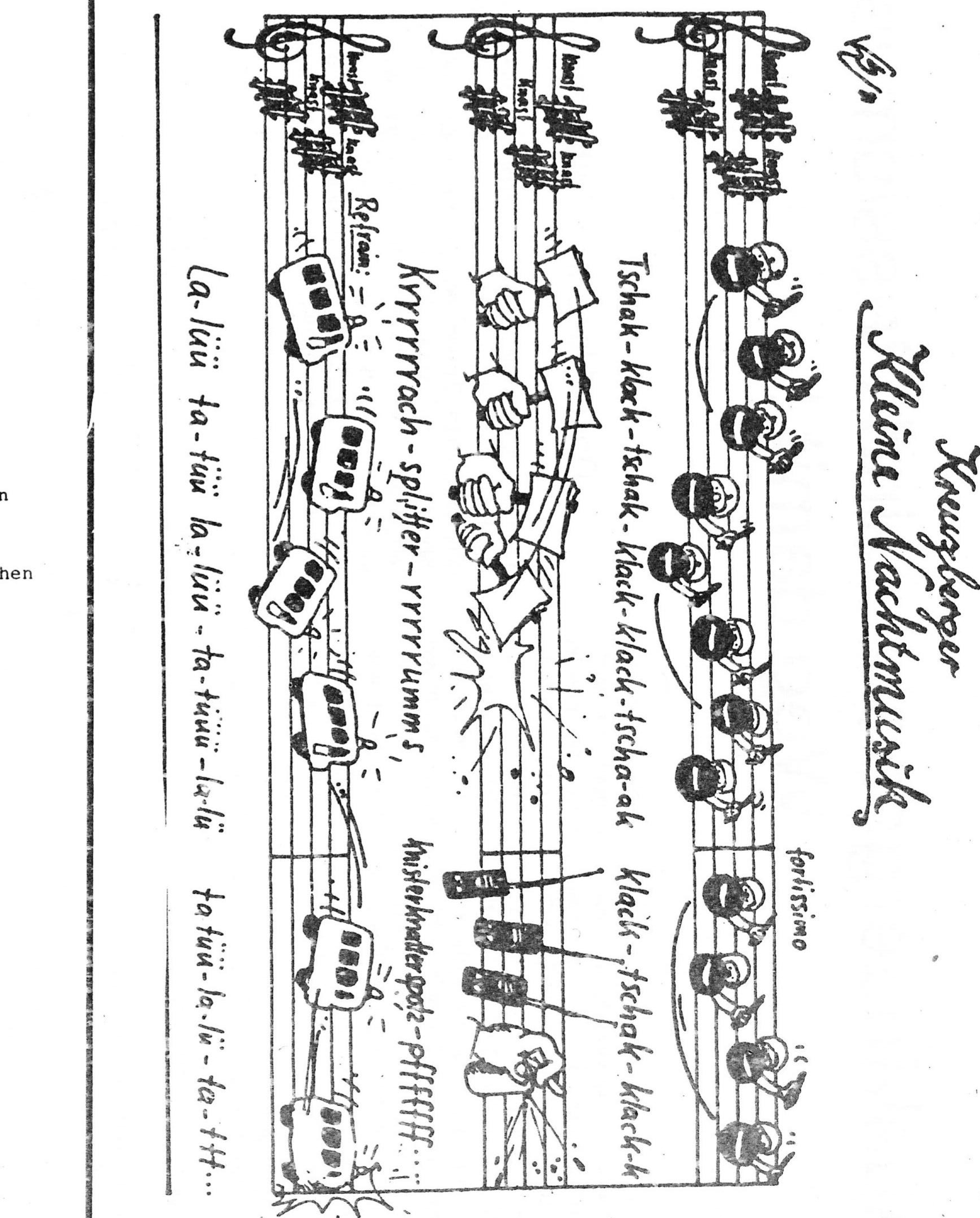
Wir wissen, daß wir in diesem Aufruf die Vielzahl der kleinen, doch entschlossen geführten Kämpfe/Auseinandersetzungen in dieser Stadt nicht aufgeführt haben. Es gibt da wenig erzielte Erfolge vorzuweisen.
SPD/AL-Politik hat Farbe bekannt, nämlich hauptsächlich die der Bullen: grün/weiß.
Aber die Erfahrungen sind das, was zählt bei einer Hausbesetzung, beim Kitastreik, bei der 8.März Frauendemo, bei der Shellblockade, bei den vielen Auseinandersetzungen mit Neonazis und teutschen Wahnfrieds, bei den Protest und Hungerstreikaktionen in den Knästen, bei Auseinandersetzungen in Unis, Schulen und Stadtteilen.

**Trotz und gerade wegen der hier anfangs beschriebenen politischen Großwetterlage sind wir da.
Wir stellen an die Herrschenden keine Forderungen.
Wir sind einfach da.
Am 1. Mai auf der Straße und auch sonst unberechenbar.**

Für einen lebendigen, undeutschen, antipatriarchalen, internationalen, antifaschistischen, revolutionären 1.Mai.

Ein Traum kann wahr werden, wenn wir ihn füllen mit Leben, Kämpfen, Lachen und Weinen.

Kommt zu den Aktionstagen, zur Demo und zum Fest!!!!!!



Protokoll vom 1.MAI-PLENUM

Zur Einstimmung auf das Treffen gabs erstmal ein Lied mit Musike, um die zu erwartenden Wortgefechte etwas abzumildern. Das ist offenbar auch ein bisschen gelungen.
Die Papiere wurden erstmal verteilt und gelesen.

Die Vertreter der Sympathisanten von Bolschewik Partizan legten eine Stellungnahme zum Umgang mit der Stalin Diskussion vor.
Sie vertreten die Position, dass grundsätzlich geklärt werden muss, ob eine revolutionäre Gruppe Zensur gegenüber einer andren Gruppe ausüben darf, die sich auf Stalin bezieht.
Es gab eine kurze Diskussion daRÜBER, dass dies nicht grundsätzlich zu klären ist, bzw. so auch falsch ist, weil es eine inhaltliche Frage ist, ob Stalin-Parolen auf der Demo erscheinen oder nicht.
Eine andere Gruppe aus dem Plenum hat bis nächsten Mittwoch einen inhaltlichen Beitrag ausgearbeitet, auf dessen Grundlage wir dann die Frage klären.

<u>Organisation der Demo und Fest</u>
Es wird nochmal daran erinnert, dass für die Demo und das Fest ne Menge Organisatorisches zu klären ist.
Ein Teil des Plenums ist in die aktionstage Vorbereitung eingebunden und es ist zu befürchten, daß sie nicht noch Funtionen für die Demo übernehmen können.
Die einzelnen Zusammenhänge müssen darüber diskutieren, welche Aufgaben sie übernehmen können und ob noch andere Gruppen angesprochen werden müssen.

<u>Mobilisierung über die Presse</u>
Die Festvorbereitung stellt fest, dass die Mobilisierung nicht breit genug läuft (zu wenig Gruppen beteiligen sich bis jetzt) und schlägt vor, die Mobilisierung u.a. über Presse und SFBeat zu machen. Aus dem Plenum kommt die Zusage, dass sich Leute aus dem Plenum daran beteiligen werden, bzw. die Mobilisierung zu Demo und Fest gemeinsam laufen wird.
Checkpoint wird eine 1-2 Std. Sendung für die Mobilisierung zum 1. Mai einplanen.

<u>Diskussion zum Aufruf</u>
Der Aufruf-Entwurf "Haut der Stadt das Haupt ab" wurde nicht diskutiert.
Favorisiert wurde der Aufruf-Entwurf "Mai 3", weil er differenziert ist und eine gute Möglichkeit zur Auseinandersetzung bietet.
Der aufruf ist an die Linke dieser Stadt gerichtet, sich eigenständig und so breit wie möglich an dieser Demo zu beteiligen.
Es ist kein Aufruf an die Bevölkerung. Wir müssen noch diskutieren, welche andren Formen der Mobilisierung notwenig und machbar sind (Kurzkundgebungen usw.).

Der Entwurf wurde grundsätzlich inhaltlich angenommen. d.h. an Struktur, Sprache und inhaltlicher Zielsetzung wird nichts verändert.
Die diskutierten Punkte, um einzelne Aussagen in den Absätzen deutlicher zu machen, werden von der Entwurf-Gruppe bis Mittwoch verändert.

Was noch fehlt: Plakat, route, VV Vorbereitung und diese woche
Woche gibts zwei Termine, einen um Aufruf und Stalin Diskussion, am zweiten iss organisatorisches dran.

Ausländergesetze sind Rassismus ! Weg damit !

Nun soll das Ausländergesetz von 1965 durch das neue Ausländergesetz -zur Zeit noch Entwurf- abgelöst werden, das vom Bundesministerium des Inneren Ende September 1989 der Öffentlichkeit vorgelegt wurde. Dieser Entwurf ist der Dritte seit ca. acht Jahren.
Etwas entschärft in der Sprache und eleganter verpackt, ist er von den ersten beiden Entwürfen des Ex-Innenminister Zimmermanns grundsätzlich nicht verschieden. Nach wie vor tragen sie alle den Geist der Ausländerpolizeiverordnung der Nazis von 1938. Damit werden 4,5 Mio. Menschen einer Sondergesetzgebung unterworfen, die die Grundlage für den staatlichen Rassismus bildet.
Das Bundeskabinett hat am 13.12.89 dem Entwurf zugestimmt, so daß er große Chancen hat, noch in diesem Sommer durchzukommen.

Die wichtigsten Charakteristika dieses Ausländergesetzentwurfes, der den Ermessensspielraum der jeweiligen Bundesländer deutlich einschränkt und damit eine "humanere" Auslegung des Ausländergesetzes ausschaltet, sind folgende:

"AusländerInnen" rein als Arbeitskräfte

Das ausschlaggebende Kriterium der sogenannten Ausländerpolitik der Herrschenden ist nach wie vor die Nützlichkeit der ausländischen Arbeitskräfte für den bundesdeutschen Arbeitsmarkt.
Solange sie den Erfordernissen des Arbeitsmarktes (bzw. den Verwertungsinteressen der Unternehmer) entsprechen, dürfen sie hier bleiben. Aber, wenn sie verbraucht und die Arbeitgeber kein Interesse mehr an ihnen haben und sie deshalb arbeitslos werden, so sollen sie zukünftig bereits bei Bezug von Arbeitslosenhilfe ausgewiesen werden (siehe §§ 6 Abs. 2 und 14 Abs. 2 Ausländergesetzentwurf).
Wenn sie "Kosten" für den Sozialstaat verursachen -sprich Bezug von Sozialleistungen- so sollen sie ausgewiesen werden. Sozialleistungen, auf die sie wie alle anderen Anspruch haben, werden ihnen vorenthalten. "AusländerInnen" sind keine Menschen, sondern nur Arbeitskräfte, die nach Bedarf vom Bundesinnenminister ins Land geholt und wieder abgeschoben werden können (siehe § 7 Abs. 2).

Doitschland den Doitschen

Auch in diesem Entwurf steht der Grundsatz, daß "die BRD kein Einwanderungsland" ist, an oberster Stelle, obwohl sie dies durch die Einwanderungsbewegungen der letzten Jahrzehnte geworden ist. Der Zuzug von Familienangehörigen wird durch härtere Auflagen, wie z.B. Visumspflicht für Kinder und "angemessener" Wohnraum, noch weiter eingeschränkt. Da "angemessener" Wohnraum eine Vorraussetzung sowohl für die Aufenthaltsverfestigung als auch den Familiennachzug ist, wird die herrschende Wohnungsnot als Instrument der Ausgrenzung benutzt. So schafft § 17 IV die Möglichkeit, daß z.B. für die Verfestigung des Aufenthaltsstatus einer fünfköpfigen Familie in München eine Wohnraumgröße von bis zu 105 qm verlangt werden kann. Solche Wohnungen sind weder vorhanden noch bezahlbar. In der Praxis können solche Regelungen dazu führen, daß ausländische Frauen zum Schwangerschaftsabbruch genötigt werden.



Durch die härteren Auflagen für eine Aufenthaltsverfestigung stehen vor allem die zweite und folgende Generationen vor der Alternative, sich entweder einzubürgern und zu assimilieren oder eine ständige rechtliche und soziale Unsicherheit hinzunehmen. Anstatt die vorhandene multikulturelle Gesellschaft anzuerkennen, werden Nationalismus, Rassismus und Deutschtümelei geschürt. Jetzt wo die Mauer zwischen den beiden deutschen Staaten gefallen ist, werden die Mauern gegenüber den "Nicht-Deutschen" Bevölkerungsteilen weiter verfestigt.
Besonders hart sind die Frauen betroffen, sie unterliegen

einer doppelten Diskriminierung: z.B. wird ihnen erst nach 4 Jahren ein selbstständiges Aufenthaltsrecht zugestanden, so daß sie vom Ehemann abhängig sind.
Es ist weiterhin weder die Anerkennung der doppelten Staatsbürgerschaft noch eine automatische Einbürgerung für hier geborene vorgesehen, wie sie z.B. in Frankreich und Großbritannien üblich ist

"Ausländer als Gefahrenquelle und Störpotential"

Nach wie vor sollen ImmigrantInnen und Flüchtlinge durch eine weite Fassung der Ausweisungstatbestände ausgewiesen werden; und zwar bei Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und sonstiger erheblicher Interessen der BRD (§ 45) und bei jedem geringfügigen Rechtsverstoß (§ 46).
Da durch die §§ 45, 46 auch eine Ausweisung bei Arbeitslosigkeit, soziale Hilfebedürftigkeit und Obdachlosigkeit vorgesehen ist, werden somit die ImmigrantInnen und Flüchtlinge als Sündenböcke für soziale Mißstände benutzt.
Auch die politische Betätigung kann weitestgehend eingeschränkt, ja sogar verboten werden, was auf eine völlige politische Entrechtung und Entmündigung der ImmigrantInnen hinausläuft. Zum Beispiel ist eine den 'außenpolitischen Interessen der BRD zuwiderlaufende' politische Betätigung ein Ausweisungsgrund (s.a. §36 Abs. 2, § 37). Besucht z.B. der türkische Staatspräsident die BRD, können zwar alle bundesdeutschen Staatsangehörigen dagegen demonstrieren, nicht jedoch etwa Leute aus der Türkei oder Kurdistan.
Um die totale Überwachung bzw. Kontrolle über die ImmigrantInnen und Flüchtlinge aufrechtzuerhalten und sie nach Belieben zu steuern, wird ihnen das Recht auf Datenschutz verweigert. Mit den §§ 75-78 werden alle öffentlichen Einrichtungen selbst die Sozial- und Jugendämter in das Überwachungsnetz miteinbezogen. Die Daten sind allen Behörden, sogar den Arbeitgebern jederzeit zugänglich.

Grenzen dicht

Das im Grundgesetz verankerte Recht auf Asyl wird im neuen Entwurf praktisch aufgehoben.
Die Flucht in die BRD soll schon in den Herkunftsländern durch Barrieren, wie z.B. die Visumspflicht, verhindert werden. Die deutschen Konsulate können den Flüchtlingen die Erteilung der Visa ohne weiteres ablehnen.
Der Ermessensspielraum des Innenministers wird erweitert. Ob in den Herkunftsländern der Flüchtinge noch Verfolgungsgründe bestehen, entscheidet der Innenminister. Somit verfügt er willkürlich über die Verlängerung der sog. Aufenthaltsbefugnis der Flüchtlinge.
Die Abschaffung jeglicher Rechtsicherheit wird durch beschleunigte Asylverfahren verstärkt.
Die Folge ist die Abschiebung von tausenden von Menschen.

Ohne Rücksicht auf Grund- und Menschenrechte sollen mit dem neuen Ausländergesetz weiterhin bestimmte Bevölkerungsteile der BRD und Berlin (West) aus wirtschaftlichen und nationalistischen Gründen ausgegrenzt und sozial, politisch und wirtschaftlich diskriminiert werden.
Diese Vorgehensweise paßt in eine Zeit, in der sich rechtsextreme Gruppierungen polizeilich gesichert profilieren dürfen und in der Teile der Bevölkerung wie auch Nachbarländer skeptisch, auch besorgt auf den sich verstärkenden deutsch-deutschen Nationalismus blicken. Das mit dem anstehenden Ausländergesetz noch zusätzlich Rassismus und Nationalismus gefördert und rechlich institutionalisiert wird, kann nicht geduldet und muß verhindert werden.

Um ein gleichberechtigtes Zusammenleben in einer multikulturellen Gesellschaft zu gewährleisten, fordern wir die Abschaffung jeglicher Ausländergesetzgebung und gleiche Rechte für Alle!!!
Im einzelnen sind es u.a. folgende Forderungen:
- das allgemeine Wahlrecht und unbeschränktes Recht auf politische Betätigung
- Familienzusammenführung ohne rechtliche Barrieren
- keine Diskriminierung von Frauen; unabhängiges Aufenthaltsrecht für EhegattInnen
- Anerkennung und Erleichterung von Doppelstaatsbürgerschaften
- uneingeschränktes Asylrecht
- Bleiberecht für alle Flüchtlinge

Trommeln gegen das Ausländergesetz

Jeden Mittwoch und Samstag um 18.30 Uhr, auf dem Breitscheidplatz

Eine Initiative der Kontakt- und Beratungsstelle für außereuropäische Flüchtlinge

Unterstützerlnnen des Flugblatts:

ADA * Antifasist Genclik * Antirassistische Initiative * AusländerInnen Referate des AStA der FU und des AStA der TU * Bündnis gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus * Bündnis Westberliner Flüchtlingsinitiativen * Devrimci Isci/Berlin * Ermittlungsausschuß im Mehringhof * ESG * FFBIZ eV * Interkultureller Treffpunkt Grenzenlos * KAUDERZANCA * Kolumbiengruppe Lateinamerikanische Kulturvereinigung DIA * Verein iranischer politischer Flüchtinge West-Berlin

Herausgeber:
Aktionsplattform gegen das Ausländergesetz
c/o AStA der TU. Marchstr 6. 1/10.
V.i.s.d.P. G.Bal.

ZUM GEPLANTEN "AUSLÄNDERiNNEN" -AUSGRENZUNGS-GESETZ

Die folgenden Aufzählungen sind an Frauen orientiert, weil sie aufgrund der realen Situation sowohl in ihren Herkunftsländern als auch hier von den Neuregelungen am meisten betroffen wären. Sie gelten generell aber auch für Männer.

Ein paar der neuen Regelungen im Groben

A. Ein eigenes Einreise-und Aufenthaltsrecht haben "AusländerInnen", die neu hierherkommen, nur noch, wenn der Bundesminister des Innern durch Rechtsverordnung bestimmt, daß in bestimmten Arbeitsgebieten Arbeitskräfte aus bestimmten Ländern gebraucht werden. Der Aufenthalt wird nur für die Dauer des Arbeitsverhältnisses, d.h. des deutschen, ökonomischen Bedarfs, gewährt (sog. Aufenthaltsbewilligung). EIn AUfenthalt darüberhinaus ist nicht möglich. (§§ 10,28)

B. Einreiserecht: (§§17,18) (unabhängig von Punkt A., aber abhängig vom Ehemann)
- als Ehefrauen von Deutschen oder Asylanerkannten
- als Ehefrauen von "Ausländern" mit Aufenthaltserlaubnis, wenn die Ehe schon bei der Einreise des Mannes bestanden hat und er dies bei der deutschen Botschaft auch angegeben hat, als er sein eigenes Visum beantragt hat.
- als Ehefrau eines "Ausländers mit Aufenthaltsberechtigung (u.U. nach acht Jahren)

Immer muß "angemessener" Wohnraum zur Verfügung stehen (heutzutage fast unmöglich) und es darf kein Ausweisungsgrund vorliegen.

Ausweisungsgründe sind u.a.: (§§45,46,47)

1. der Bezug von Sozialhilfe
2. der Bezug von Erziehungshilfe
3. Obdachlosigkeit; Gefährdung der öffentlichen Gesundheit (also z.B. Aids)
4. Prostitution
5. Heroin/Cocain-ABhängigkeit
6. "grobe" Verstöße gegen gerichtliche oder behördliche Auflagen (z.B. Schwarzarbeit)
7. außerhalb der BRD begangene, vorsätzliche Straftaten, wenn diese auch hier zur Verurteilung führen würden
8. "in der Regel": bei einer Verurteilung zu Knast ohne Bewährung oder bei Verurteilung (egal welcher Art) nach dem Betäubungsmittelgesetz
9. bei Verstoß gegen die "freiheitliche, demokratische" Grundordnung der BRD oder Verfolgung politischer Ziele bei Teilnahme an Gewalttätigkeiten (z.B. Teilnahme an sog. "unfriedlichen" Demos)

Auch wenn danach ein Anspruch besteht, wird keine AUfenthaltsgenehmigung erteilt, wenn die Person ohne gültiges Visum eingereist ist. Wer ohne Visum einreist kann künftig 6 Monate (bisher: 7 Tage) lang, wenn sie erwischt wird, "zurückgeschoben" werden. Das heißt ohne behördliche Verfügung (meist Ausweisung), gegen die mensch dann gerichtlich vorgehen könnte, "allein" mit Polizeigewalt zurück über die Grenze geschafft werden. (§§8,53,61)

C. Eigenes Aufenthaltsrecht, wenn die Frau die Einreise geschafft hat:
- nach vier Jahren "ehelicher Lebensgemeinschaft", d.h. tatsächliches zusammenwohnen, was von der Polizei überprüft wird

- in sog. Härtefällen reichen drei Jahre
  Dann ist ein Jahr Sozialhilfebezug möglich,danach muß die Frau sich selber und ihre Kinder ernähren

D. **Kinder** sind ab 6 Monaten verpflichtet,einen Aufenthaltstitel zu bekommen,den ihre Eltern beantragen und ständig verlängern müssen,sonst sind sie "illegal"(bei vielen Kindern heißt das ständige Rennerei zu den Ausländerbehörden)..
Wenn die Eltern verheiratet sind,aber getrennt in verschiedenen Ländern leben, ist es für ein Kind unter 16 Jahren(danach gilt es als Erwachsener und unterliegt den oben angegebenen Beschränkungen für die Einreise)nicht möglich,zu nur einem Elternteil in die BRD nachzuziehen.Anders nur,wenn die Eltern sich scheiden lassen.
Jugendliche und Kinder,die jetzt schon hier leben,müssen nach in Kraft treten des neuen Gesetzes eine eigene Aufenthaltsgenehmigung beantragen.
Minderjährige,deren Eltern rechtmäßig hier leben,sollen an sich nicht ausgewiesen werden,es sei denn,sie sind wegen schwerer oder serienmäßiger Straftaten verurteilt worden (das betrifft die sog. Jugendbanden).

E. Laut Gesetz ist die **politische Betätigung** zu verbieten,wenn sie außenpolitischen Interessen der BRD (z.B.Türkei-Beziehungen) zuwiderläuft oder die politische Willensbildung in der BRD oder deren "Sicherheit und Ordnung"beeinträchtigt.

F. **Abschiebung politisch Verfolgter**
Eine Abschiebung soll nicht erfolgen,wenn die "konkrete"Gefahr besteht,daß die betreffende Person in dem anderen Staat gefoltert wird.Dies muß sie allerdings stichhaltig nachweisen.
Auch in ein Land,in der die betreffende Person mit der Todesstrafe zu rechnen hat, soll nicht abgeschoben werden.Dies gilt nicht für Menschen,die wegen einer " besonders schweren Straftat "hier verurteilt wurden oder die aus "schwerwiegenden Gründen eine Gefahr für die BRD "darstellen.Diese Feststellungen liegen im Ermessen der Behörde.
D.H.bei "solchen" Menschen ist eh egal,was mit ihnen geschieht.
Ansonsten darf eine Person nicht in ein Land abgeschoben werden,in dem ihr Leben oder ihre Freiheit wegen ihrer Rasse,Religion,Staatsangehörigkeit,Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen iher politischen Überzeugung bedroht ist.Diese Voraussetzungen liegen aber von vorneherein **NUR** dann vor,wenn das Bundesamt für die ANerkennung von Flüchtlingen dies in einem Asylverfahren feststellt,d.h. letztendlich,wenn die Person **anerkannte "Asylberechtigte"**ist.
Die ANerkennungsquote von Menschen,die Asyl beantragt haben,liegt zur Zeit (1989) bei lediglich fünf Prozent.

Weg mit den AusländerInnengesetzen !!
Bleiberecht für alle Flüchtlinge,gleiche Rechte für alle !!!
Die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Völkern,sondern zwischen OBEN und UNTEN.

Konzept für AKTIONSTAGE

vom 21.4.-29.4. 199o

Gleiches Recht für alle - Nein zum "AusländerInnen"gesetz

Wir schlagen vor, in der Zeit **vom 21.4.-29.4. 199o** in Westberlin gemeinsame **Aktionstage** unter dem Motto "Gleiches Recht für alle - Nein zum "AusländerInnen"gesetz" gegen den Schäuble-Entwurf durchzuführen.

In diesen Tagen sollen/können die unterschiedlichen Gruppierungen und Organisationen sämtlicher in dieser Stadt lebenden Nationalitäten und ethnischen Gruppen Veranstaltungen und Aktionen durchführen.

Mögliche Aktivitäten sind:
- Informationsveranstaltungen/ Diskussionen
- Kulturveranstaltungen/ Filme/ Feste
- Podiumsdiskussionen
- Aktionen vor Ausländerpolizei und Abschiebeknästen
- Kundgebungen in den Bezirken/ Kiezdemos
- "Besuche" bei Parteien, Institutionen, Verbänden u.s.w.
- Pressekonferenz
- gemeinsame Großaktion

Für die Art und Weise der Durchführung und die politische Stoßrichtung der einzelnen Aktivitäten sind die jeweils veranstaltenden Gruppen selbst verantwortlich. Hierdurch soll gewährleistet werden, daß die unterschiedlichen Ansätze des Widerstandes gegen den Gesetzentwurf zum Ausdruck kommen können.

Zum **Auftakt am Samstag, den 21.4.** sollen alle Gruppierungen in allen Bezirken mit Infoständen über das neue "AusländerInnen"gesetz informieren und für die folgenden Tage mobilisieren. Die an den einzelnen Tagen stattfindenden Aktionen sollen in einem Programm-Faltblatt gesammelt und veröffentlicht werden. Es ist als gefaltetes DIN A 3 Papier geplant und soll in einer Auflage von 3o.ooo Stück in den Bezirken verteilt werden. Auf dem Titelblatt soll das Motto in verschiedenen Sprachen stehen; ebenso werden die Ankündigungen der Veranstaltungen in verschiedene Sprachen übersetzt. In das Programm-Faltblatt können auch noch eigene Flugblätter beigelegt werden. Es liegt einige Tage vor Beginn der Aktionstage zur Verteilung bereit.

?? HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT ?

Eine der größten Demonstrationen der letzten Jahre in West-Berlin hat an diesem Wochenende (31.3.) stattgefunden. Die deutsche Linke nahm keine Notiz davon. Viele tausend (unserer Schätzung nach ca. 5o ooo) Menschen, die in dem in ungebrochener nazistischer Kontinuität stehenden "4. Reich" mit dem Etikett "Ausländer" belegt werden, haben sich auf der Straße zusammengefunden, um sich gegen rassistische Unterdrückung zur Wehr zu setzen. Sie haben bereits vor Monaten unter dem Eindruck des für sie immer bedrohlicher werdenden alltäglichen Rassismus und des neuesten Angriff des staatlichen Rassismus sich selbst zu organisieren begonnen.Diese Selbstorganisation jenseits etablierter politischer Kanäle hat viele verschiedene Formen angenommen. Diese Vorgeschichte der Demo verdiente eine ausführliche Darstellung. Wir können sie mangels Wissen nicht leisten, deshalb nur einige Andeutungen.

Immigrantinnen und Flüchtlingsfrauen schlossen sich zusammen, um dem von BRD- und SED-Regime in vereinter Anstrengung im Rahmen des "Wiedervereinigungs"-Prozesses massiv forcierten Rassismus und Sexismus wirksamer begegnen zu können. Ihnen war der zutiefst rassistische und sexistische Charakter des realexistierenden stalinistischen Unterdrückungssystems nicht entgangen. Sie erkannten die Bedeutung des Zusammenspiels von BRD-"Ausländergesetzen" und staatlicher Diskriminierung der "Ausländer" in der DDR bis hin zum "Polenerlaß" Ende letzten Jahres zur Verstärkung des deutschen Nationalismus. ("Erst kommt: Verkauft nicht an Polen! - dann: Kauft nicht bei Türken!")
Viele Jugendliche organisierten sich in Jugendgangs, um den rassistischen Angriffen durch Faschos und Bullen nicht wehrlos ausgeliefert zu sein. Daraus entwickelte sich eine starke Militanz, die zu Erfolgen in der Zurückdrängung faschistischer Aktivitäten führte und ihre Aspirationen in unübersehbarer Weise artikuliert. Ihre Autonomie konfrontiert die autonome Szene mit der Frage nach ihrem eigenen rassistischen Charakter. Der Bullenapparat zeigt sich so sehr beunruhigt, daß er eine Medienhetze inszenierte und zum Mittel der Kriminalisierung griff.

Neben weiteren Formen der anti-rassistischen Selbstorganisation bildeten sich bundesweit wie in Westberlin türkische Aktionsbündnisse, so auch das "Aktionsbündnis Türkischer Selbsthilfe- und Betroffenenorganisationen", das die Demo vom Samstag vorbereitete. In ihm sind Frauengruppen, Fußballvereine, der Verein Berliner Türkischer Kaufleute, Moscheen etc. vertreten. Es ist mit dem Ziel entstanden, ein breites Bündnis gegen das "neue Ausländergesetz" zu schaffen. Diesem Bündnis schlossen sich auch Gruppen anderer Herkunft an, z.B. Polnischer Sozialrat, Verein Iranischer Flüchtlinge etc.. Außerdem fand es Unterstützung, d.h. deren Unterschrift, bei reformistischen Institutionen wie SPD, GEW, AL usw..

Die Demo wurde ein großer Erfolg. Viele kamen und die Stimmung war toll. Der Inhalt der Demo war eindeutig bestimmt: Rücknahme des Schäuble-Entwurfes; Gleiche Rechte für EinwanderInnen, Flüchtlinge und Einheimische. Dies kam auch auf den Transparenten klar zum Ausdruck. Parteien oder andere politische Institutionen hatten keinen bedeutenden Einfluß. Der türkische Nationalismus konnte, nach Absprache im Aktionsbündnis(z.B. keine Nationalfahnen), nicht in Erscheinung treten. Immer wieder wurden Parolen gerufen:"Wir sind auch Menschen", "Wir wollen keine Nazi-Schweine", "Hoch die internationale Solidarität"...
Die Redebeiträge wurden alle auf türkisch gehalten.x Die Stimmung auf der Abschlußkundgebung war zugleich heiter und kämpferisch. Wir, drei weiße Männer (2 mit deutschem, 1 mit "ausländischem" Paß), und die, mit denen wir sprachen waren ziemlich begeistert.

Doch der Weißhäutigen (oder gar "Deutschen") waren nur sehr, sehr wenige. Von den linksreformistischen Parteien erwarten wir nichts; sie sind Bestandteil des deutschnationalen Konsens. Auch von der "deutschen Bevölkerung" oder deren "kritischen" Teilen(Liberalen, Alternativen...) machten wir uns keine Illusionen; wir wissen von deren mehr oder weniger offenen Rassismus.

x Die von uns, die den auf deutsch gehaltenen Redebeitrag gehört haben, empfanden Scham - wo waren die, die ihn hätten verstehen können?!

Aber wo blieb die radikale, die sozialistische Linke? Welches Konzept von Rassismus und Anti-Rassismus hat sie? Was hindert sie daran einen solidarischen Bezug zu dieser gegen den staatlichen Rassismus gerichteten Massenbewegung herzustellen? Wir glauben, daß es wichtig wäre, das Verhältnis von Leninismus und Rassismus zu diskutieren. Die Verdrängung der wirklichen Geschichte des Bolschewismus und Stalinismus, die implizite Verteidigung des "realexistierenden" Rassismus durch die Orientierung an den "sozialistischen Ländern" und die Trauer über die "Niederlage des Sozialismus" spielen in der Entstehung eines "linken" Rassismus gewiß eine wichtige Rolle.Nur eine ernsthafte Aufarbeitung der Geschichte kann diesen gefährlichen Tendenzen Einhalt gebieten. Wir verweisen hier auf die Diskussion um "linken" Rassismus in bezug auf die "Ossis" ("Die wollen doch nur 'nen Golf" u.ä.) und den Artikel "Zum Artikel 'Militante Perspektiven'" in Interim Nr. 96, S. 1o.

Und wo waren die Genossinnen und Genossen aus der autonomen Szene? Auch da kein tragfähiger Rassismus-Begriff? Wie steht's mit der anti-rassistischen Praxis? Wo bleibt der Anspruch des sozialen Bezugs stecken? Und viele Fragen mehr drängten sich uns auf.
Wir waren begeistert, ja. Aber wir waren auch verärgert.
Und: wir schämten uns.
Wie können wir in Anerkennung unserer Identität als weiße Männer unserer Verantwortung gerecht werden, eine konsequent antirassistische Theorie wie Praxis zu entwickeln, die sich des sozialen Bezugs sozialrevolutionär vergewissert?

(Jetzt kommt der zweite Teil des Textes. Die Teile sind unabhängig voneinander entstanden, wir glauben aber, daß sie sich ganz gut ergänzen und gut zusammen diskutieren lassen.)

ANTI-RASSISMUS HEIßT...

12 OIS PRO TAG VERKLOPPEN!

INTERNATIONALISMUS HEISST 16 SCHLÄUCHE PRO TAG DURCHSCHNEIDEN!

AUSLÄNDERiNNEN SIND NUR KONSUMGEIL UND UNPOLITISCH!

Was war los? Wie kam es, daß auf der Demo so wenig Deutsche waren - insbesondere fast gar keine Szene? Ausgeredhnet jetzt mit der Wiedervereinigung, wo alle nicht aufhören, darüber Depris zu kriegen und zu beteuern, mensch müsse etwas dagegen tun. Dann gibt es eine Demo mit 50.000 AusländerInnen, und die Linke läßt sich nicht blicken. Beschämend!
Einige Bekannte hatten das etwa so begründet: -Es sei eine Revi-Demo; -sie hätten darüber nichts gewußt; -oder linke türkische Gruppen seien nicht dabei. Erstens meinen wir, daß es kein Zufall war, daß Autonome Gruppen an der Vorbereitung nicht beteiligt waren und daß die Mobilisierung in Kreuzberg so schwach war (der Termin stand z.B. nicht einmal in der Interim drin). Zweitens ist es Sektierertum, den Beschluß, auf eine Demo zu gehen, davon abhängig zu machen, was die jeweilige politische Meinung der anderen ist, statt an der Frage: Welchen objektiven Stellenwert hat der Kampf, der in der Demo zum Ausdruck kommt und unter welchen Forderungen wird die Demo laufen?
Die banale Forderung der Demo: Gleiche Rechte für EinwanderInnen, Flüchtlinge und Einheimische ist in der BRD (und in der DDR) tatsächlich eine revolutionäre und keine reformistische Forderung. Der staatlich organisierte Rassismus, der sich in "Einwanderungs- und Ausländergesetzen" ausdrückt, ist zentraler Bestandteil des Systems hier. Er bildet die Grundlage des Faschismus und die ideologische Waffe, die über Spaltung hier für sozialen Frieden sorgen soll, und er bildet die Knastmauer, die Ausplünderung im Trikont ermöglicht - ohne Einwanderungsverbot kein Imperialismus. Die revolutionäre Linke meint sich dadurch auszuzeichnen, daß sie die Sache an der Wurzel packt und nicht an den Erscheinungen herumstochert; sie sagt: "Hinter dem Faschismus steht das Kapital" oder: "Der Rassismus geht vom Staat aus". Seltsam paradox muß die mangelnde Beteiligung am Samstag schon deshalb erscheinen, weil es keineswegs der Fall ist, daß sich die Linke gar nicht mit Rassismus beschäftigt. Es gibt ja z.Z. die Shell-Kampagne und für Antifa-Arbeit lassen sich immer Leute finden. Daß Selbstverteidigung gegen faschistische Übergriffe wichtig ist, ist klar. Aber ein offensiver revolutionärer Antirassismus muß sich in erster Linie auf den Staat konzentrieren und nicht auf rechtsradikalen Auswüchse. Hier kommt der Verdacht hoch, daß es Militanzmythen - wie im Titel - sind und nicht eine inhaltliche Bestimmung, die die Attraktivität von Antifaschismus bzw. die Vernachlässigung des Kampfes gegen die

"Ausländergesetze ausmacht.
Unsere zweite Überlegung richtet sich gegen die unsägliche Ignoranz gegenüber wirklichen sozialen Kämpfen, die hier zum Ausdruck kommt, und knüpft also an den Artikel in Nr.96 ("Zum Artikel militante Perspektiven in der BRD") an. Das es wichtiger wäre, einen Shellboykott zu organisieren, als sich um ganz alltägliche Apartheid in der BRD zu kümmern, zeugt von einem völlig verkehrten Internationalismusverständnis. Damit werden alle Fehler wiederholt, die z.B. in der Anti-Apartheid Bewegung in Großbritannien sichtbar sind: Daß die Bewegung weniger internationalistische Ergänzung zum Kampf gegen Rassismus dort ist, als vielmehr deren Ersatz (wenigstens was ihre weiße UnterstüzerInnen betrifft). Daß jeden Tag in Nordirland flott und fröhlich ermordet wird, ohne daß sich die britische Linke darum kümmert, macht das klar.
Da muß vielleicht auch die Vorliebe der Linke für solche Themen (die abstraktesten, entferntesten, symbolischsten) näher untersucht werden. Da wird oft nach zwei Seiten hin einmal alles schwarz, einmal alles weiß gestrichen. Hier in der BRD hätte mensch Schwierigkeiten mit einer breiten AusländerInnen-Bewegung zusammenzuarbeiten, weil türkische Kaufleute dabei seien, weil die Jugendbands mackermäßig seien... kurz, die Leute sind einfach kein richtiges revolutionäres Volk. In Südafrika aber..! Da kämpft das ganze Volk.Da geht es einfach um schwarz gegen weiß, Imperialismus gegen Befreiung. Es wird also zu Hause eine politische und soziale Differenzierung innerhalb der ausländischen Bevölkerung gesehen, und statt sich ernsthaft damit auseinanderzusetzen, gleich die Bevölkerung per se für noch nicht revolutionär genug erklärt. Ganz weit weg aber wird die soziale und politische Differenzierung erst gar nicht gesehen. Einmal schwarz, einmal weiß. Ein ernster, linker Anti-Rassismus muß einerseits alle ausländischen Menschen, die sich gegen rassistische Unterdrückung wehren, solidarisch unterstützen. Das ohne Ausnahme -ob es um Fundamentalisten, Kaufleute, Jugendliche, Alte, oder sonst welche geht! Das ist keine Frage von Bündnispolitik, sondern einfache Solidarität von Unterdrückten untereinander. Andererseits ist aber Solidarität immer ein Wechselverhältnis. Es kann nie um kritiklosen Beifall gehen,die soziale und politische Hierarchien innerhalb einer anti-rassistischen Bewegung können nicht weggeschoben werden, und demnach wird mit den Gruppen eine Diskussion zu führen sein, die sich auch gegen Klassen- oder patriarchale Unterdrückung wehren. Wir müssen mit der Widersprüchlichkeit umzugehen lernen, sie nicht einfach verdrängen, darüber, daß wir uns immer nur die abstraktesten, entferntesten und symbolischsten Themen aussuchen (eben Mittelschichtsthemen; s.oben erwähnten Artikel in der letzten Interim). Denn es ist klar: wenn solche Themen zum Maßstab dafür werden was politische Betätigung ausmacht, werden "die Klasse" oder "die AusländerInnen", die sich mit banalen, alltäglichen Gesetzesentwürfen herumschlagen, nur weit hinterherhinken.

!!!HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT!!!

Bär bleibt hier! Keine Ausweisung von Ralf Reinders, Gefangener aus der Bewegung 2. Juni

Die deutsche Frage spukt momentan in vielen Köpfen, auch in vielen linken. Deutschtümmelei und nationale Besoffenheit beherrschen die "öffentliche Meinung". Dieser Staat geht deshalb um so mehr gegen jene vor, die sich mit Vergangenheit und Kontinuität genau dieser deutschen Geschichte nicht abfinden wollen.

Es gab und gibt immer noch Menschen, für die gerade die bruchlosen Traditionen in diesem Land, wie auch die Zusammenarbeit mit anderen imperialistischen und/oder faschistischen Regimen Grund genug war und ist, für eine Änderung dieser Zustände zu kämpfen.

Diese Menschen sind für die Regierenden Störfaktoren. Ralf ist einer von ihnen.

Seine Geschichte ist auch eine deutsche Geschichte. Sie ist kompliziert und muß deshalb näher erklärt werden.

Ralfs Vater ist Holländer. Er wurde nach der Besetzung der Niederlande durch die Wehrmacht nach Deutschland zur Zwangsarbeit verschleppt.

Die Arbeitskräfte für die deutsche Wirtschaft wurden aus allen besetzten Gebieten zwangsdeportiert, um die Kriegsproduktion im "Dritten Reich" auf vollen Touren laufen zu lassen - alles für den Sieg des "Großdeutschen Reiches".

Für die holländischen Männer gab es entweder die Möglichkeit zur Zwangsarbeit oder den Beitritt zur germanischen SS. Diese setzte sich aus Männern sogenannter "germanischer Völker" zusammen. Sie war eine Art Hilfstruppe der SS-Mannschaften.

Da eine Totalverweigerung des Vaters KZ bedeutet hätte, er aber nicht bereit war, mit Faschisten zu kollaborieren, entschied er sich für die Arbeit.

In Berlin lernte er am Arbeitsplatz Ralf's Mutter kennen, die Deutsche war.

Als "Germanen" erhielten sie die Sondererlaubnis zu heiraten. Durch diese Eheschließung verlor die Mutter nach dem Krieg die deutsche Staatsangehörigkeit.

Als Ralf Reinders 1948 in Berlin geboren wurde, war er automatisch holländischer Staatsbürger. Die Zufälligkeit dieser Staatsbürgerschaft hatte zunächst keine besondere Bedeutung für sein Leben. Er wuchs in Berlin auf und ging hier zur Schule.

Mitte der sechziger Jahre, begann sich, nach 12 Jahren Nazi-Terror und 20 Jahren anti-kommunistischer Hetze, erstmals wieder eine Jugendbewegung auf sozialistische Ideen zu besinnen.

Diese Fakten, vor allem aber die bestehenden Verhältnisse in der BRD brachten Ralf, wie viele andere auch, auf den Weg zum politischen Widerstand.

Die Wut über den Krieg der USA gegen das Volk von Vietnam, die autoritäre Bevormundung in der Schule, die Unterdrükkung und Ausbeutung der ArbeiterInnen, die Hetze der Medien und die Gewalt des Staates gegen Andersdenkende - dies alles und noch mehr bestimmten die ersten Ziele des Widerstandes. Dabei entwickelten sich unterschiedliche Ansätze des Kampfes. Ralf entschied sich für revolutionäre Politik, die auch die Entwicklung anderer Widerstandsformen einschloß - hin zum bewaffneten Angriff - über Haschrebellen und Tupamaros zur "Bewegung 2.Juni".

Der 2.Juni begriff sich als ein bewaffneter Teil der undogmatischen Linken in der Brd und Westberlin. Er propagierte die Entwicklung des Kampfes aus ihren Erfahrungen des kapitalistischen Alltags heraus. Er versuchte, den im Ansatz revolutionären Charakter der damaligen Revolte in beispielhafte Aktionen umzusetzen und so die Entwicklung sozialrevolutionärer Gegenmacht voranzutreiben. Die Aktionen des 2.Juni richteten sich ebenso gegen imperilistische Einrichtungen wie gegen den Bullen- und Justizapparat.

Von 1970 bis zu seiner Verhaftung, 1975, lebte und kämpfte Ralf Reinders im Untergrund.

Wegen verschiedener Stadtguerilla-Aktionen, u.a. der Befreiung von gefangenen GenossInnen im Austausch gegen den geklauten Berliner CDU-Politiker Peter Lorenz, wurde Ralf zu 15 Jahren Haft verurteilt.

Diese 15 Jahre Knast, unter verschärften Bedingungen, sind im September 1990 abgesessen.

Sie konnten Ralfs Gesinnung und Widerstandswillen nicht brechen!

Doch die Rache des Staates endet damit noch lange nicht. Ralf Reinders, der die niederländische Staatsangehörigkeit verlor, weil er eine bürokratische Bestimmung nicht beachtete, soll nun nach dem Willen der Berliner Ausländerbehörde nach Beendigung der Haftzeit in die Niederlande abgeschoben werden.

Ralf Reinders soll ausgewiesen werden aus der Stadt, in der er aufgewachsen ist. Weg von den Menschen, mit denen er gelebt und gekämpft hat.

Ralf ist kein Einzelfall.

Auch vielen anderen politischen Gefangenen wurden nach der Entlassung aus dem Knast die Möglichkeiten, sich frei zu bewegen, eingeschränkt. So wurde z.B. Monika Berberich der Paß verweigert, mit der Begründung, sie würde eine Auslandsreise dazu nutzen, das Ansehen der Bundesrepublik im Ausland herabzuwürdigen.

Warum die politischen Gefangenen auch nach der Haft mit einer solchen Härte verfolgt werden, hat die gleichen Gründe, aus denen heraus wir mit ihnen kämpfen wollen. Solange sie nicht abschwören, besitzen sie etwas, was ihnen keiner nehmen kann.

Ihre stärkste Waffe ist ihre Glaubwürdigkeit.

Sie sind eben auch nach vielen Jahren Knast noch immer Akteure und Akteurinnen der Revolte, keine Biertischstrategen und nicht korrumpiert.

Sie sind lebende ZeugInnen unserer politischen Geschichte, die mit uns verhindern können, daß uns genau die genommen wird.

RALF GEHÖRT ZU UNS!

WIR WOLLEN DASS ER HIER IN BERLIN MIT UNS ZUSAMMEN LEBEN UND KÄMPFEN KANN!

WIR WERDEN ALLES TUN, UM DIE AUSWEISUNG ZU VERHINDERN!

KEINE ABSCHIEBUNG VON RALF REINDERS!

FÜR DAS LEBEN UND DIE FREIHEIT DER POLITISCHEN GEFANGENEN KÄMPFEN

DIE KINDERFRESSERINNEN VOM WASSERTORPLATZ

Dienstag, den 27. 3., um 11 Uhr, haben wir, eine Frauengruppe und eine Gruppe von Männern, die Dachgeschosse der Selbsthilfehäuser Erkelenzdamm/ Kohlfurterstraße besetzt. Die Hausverwaltung rief sofort die Bullen, die, nachdem sie mit zwei Uniformierten und einer ganzen Menge Zivis rumschnüffelten, wieder abzogen. Die Verwaltung wollte erstmal verhandeln und berief für denselben Abend eine EigentümerInnenversammlung ein. Nach dreistündiger interner Debatte kamen sie zu uns auf's Dach. Die "Diskussion" mit etwa 40 von ihnen und 20 von uns zeigte, daß sie sich darüber einig waren, uns mit allen Mittel hier raus zu kriegen. Zerstritten waren die anwesenden SelbsthelferInnen aber über die Funktion des Daches. So hörten wir auf der Versammlung die unterschiedlichsten, sehr lautstark hervorgebrachten Argumente:

Das Dach ist kein Wohnraum:
- weil Kreuzberg, und vor allem IHR Haus, kein Karnickelstall sein soll
- weil die ArbeiterInnenbewegung vor Jahrzehnten für sich erkämpft hat, daß Dachböden und Souterrainwohnungen kein Wohnraum sein sollen
- weil das Bezirksamt Dachausbau nicht erlaubt
- weil im Dach Luft sein muß

Das Dach ist doch Wohnraum:
- aber für zerrüttete Beziehungen und verkrachte WG's aus dem Projekt selber
- und nun doch nicht für ganz soviele Leute

Diese Besetzung ist "ein völliger Fehlgriff"
- weil der Dachboden gar nicht leer ist (stimmt!! Es gibt einen Waschmaschinenraum, eine Tischtennisplatte und ein paar Gästezimmer, die für 12,- pro Nacht an Gäste vermietet wurden - auf bestimmt 400m^2)
- Der Dachboden ist nur deswegen leer, weil selbstverwaltete Entscheidungsfindungsprozesse nun mal "etwas" länger dauern. Wie z.B. die Diskussion darüber, ob man/frau für ne schlappe halbe Million den Garten mit einer Glaskuppel überdachen sollte, oder nicht.

Als einfachsten Befriedungsversuch bot uns Herr Kittel vom Studentenwerk die Zillestraße in Charlottenburg als Ausweichprojekt an, die kurz zuvor bereits von den BesetzerInnen der Brümmerstr. abgelehnt wurde, da dort Leute wohnen. Außerdem gibt's für uns keinen Unterschied zwischen selbstverwaltetem Leerstand und sonstigem Leerstand und darum auch keinen Grund, gerade hier rauszugehen. Am Ende der Versammlung stand die Drohung im Raum, die Bullen zu holen, "was natürlich für <u>alle</u> Beteiligten sehr unangenehm sei". Daraufhin haben wir gegen eine Räumung mobilisiert, was sich dann aber als Fehlalarm entpuppte. (Sorry, Leute - aber prima, das viele so schnell gekommen sind!)
Die nächsten zwei Tage waren davon bestimmt, daß sie trotzdem versuchten, uns in die Zillestraße umzusiedeln. Wir richteten uns inzwischen ein bißchen ein und am Mittwoch gab's VoKü und Filme. Die Hausversammlung am nächsten Tag bestand aus einer Konfrontation zwischen uns und selbstzufriedenen EigentümerInnen. Uns wurde das Angebot gemacht, daß vier von ihnen und vier von uns miteinander verhandeln sollten. Das Ziel dieser "Verhandlungen" war erklärtermaßen, uns in einer persönlicheren Athmosphäre rauszudiskutieren. Wir verließen daraufhin den Saal.

Am nächsten Tag kam die Frage, ob wir mit ihnen zusammenarbeiten wollen, um für uns ein Ersatzprojekt in Kreuzberg zu suchen, damit auch wir uns in Selbsthilfe selbstbefriedigen können. Diese Zusammenarbeit lehnen wir ab, und - ehrlich gesagt - fühlen wir uns auf dem Dach hier auch ganz wohl. Da den EigentümerInnen die herrschende Wohnungsnot schon lange ein Begriff sein sollte fragen wir uns, warum sie jetzt plötzlich durch ihre Beziehungen zu S.T.E.R.N., Stattbau und AL in der Lage sind, Wohnraum zu finden. Womöglich ein ganzes Haus in Kreuzberg? Wir warten mit Spannung auf die neuen Wohnmöglichkeiten für euch und andere!!

Die Spannung stieg, aber mit Warten war nix mehr, als am Montag um 10 Uhr morgens ca.30 SelbsthelferInnen hier eingeritten sind. Sie verriegelten die Türen und wechselten einige Schlösser aus. Dann versuchten sie, uns á la Bullenmanier rauszu"drängeln", was sie aber nicht schafften. Es gelang ihnen dann, uns in zwei Räumen festzuhalten. Alle Aufgänge (oben und unten) waren von " "Schließtrupps" bewacht und das Haus dicht. Diese Situation hielten sie für geeignet, wieder die Diskussionsschiene zu fahren. Mangels "fehlender Einsicht" unsererseits verließen sie mit der Mitteilung Strafanträge gestellt zu haben, unsere Räume.
Wir warten jetzt ab, ob es sich wieder um eine Finte handelt, oder nicht.

WIR BLEIBEN DRIN !

Hier ist massig Raum, der auch von euch für Veranstaltungen, und überhaupt, genutzt werden kann! Kommt vorbei!
Am Samstag, dem 7.4. wollen wir um 15 Uhr Filme für Kiddies zeigen, und ab 19 Uhr dann VoKü & Filme....

Optimismus ist (fast) alles !!!

Ich finds ausgesprochen unfein, wenn ich durch ChaotInnen beim Essen gestört werde.

NEUE RÄUME FÜR ALTE STRUKTUREN

"...., gesunde Wohnverhältnisse sind die erste Vorraussetzung für ein gesundes Familienleben und damit für ein geordnetes Gemeinschaftsleben überhaupt."(Zitat aus einer Studie zum Wiederaufbau von Hannover, 1960)
Ausgehend davon, daß Selbsthilfeprojekte als Integrations- und Befriedungsstrategien entwikkelt wurden, um entstehendes Widerstandspotential in den Griff zu bekommen, muß es fast zwangsläufig so sein, daß diese Projekte die bestehenden patriarchal-gesellschaftlichen Strukturen widerspiegeln und reproduzieren. Es hat sich (mit wenigen Ausnahmen) als Trugschluß erwiesen, daß durch diese Projekte Energien freigesetzt (z.b. durch Wegfall von Wohnstreß und Mietkampf) und Freiräume geschaffen werden könnten.
Mit eben diesen Hoffnungen auf ein mehr selbstbestimmtes Leben wurden gerade auch Frauen geködert. Sie erhoffien in dem alternativen Umfeld, das den Anspruch hatte, neue Lebensformen zu praktizieren und verkrustete Strukturen aufzubrechen, ihre Emanzipation zu verwirklichen. In der Realität sah es aber so aus, daß Frauen, gerade auch in der kräftezehrenden Bauphase, als "soziale Wesen " benutzt wurden, die immer wieder Konflikte schlichten und integrierend wirken sollten. Auch im späteren Alltag sollten sie diese " frauenspezifische " Rolle weiterspielen und darüberhinaus die Szenerie mit Kindern beleben.

" Das Funktionieren von Selbsthilfeprojekten ist nicht zuletzt der 'integrierenden' Kraft von Frauen zu verdanken. Weiblichen Vorstellungen von Zusammenleben, aber auch von humaner Arbeitsorganisation ist mehr (als bisher) Raum zu geben, wenn die Projekte nicht durch Hierarisierung, der Orientierung am machbaren und der Ausschaltung des elementaren Lebensbereiches " Kinder ", ihre Lebendigkeit und Kreativität verlieren sollen." (Sorry, ist nicht von uns !!!) (Zitat: Schlußfolgerungen aus einer im Auftrag von S.T.E.R.N. hergestellten Studie über Selbsthilfeprojekte.)
Selbst der positive Ansatz Kitas zu schaffen ermöglichte eine doppelte Ausbeutung der Frauen. Zusätzlich zur oben aufgezeigten Reproduktionsarbeit wurde die Vorraussetzung zur Ausübung der Lohnarbeit geschaffen. Gefruchtet hats, das haben wir auch hier festgestellt. Letztendlich wurde neben der Kita in dieses Projekt zur Selbstentfaltung der Frauen lediglich ein Waschraum mit Dachterasse geschaffen (zur freien Entfaltung von Frauen und Wäsche !!!).

STRUKTUREN ÄNDERN SICH DA, WO FRAUEN SICH FREIRÄUME NEHMEN UND NICHT DA, WO NEUE RÄUME FÜR ALTE STRUKTUREN GESCHAFFEN WERDEN:

Wir haben uns diese Freiräume genommen und wollen sie auch mit anderen Frauen gemeinsam inhaltlich füllen !!

Kommt uns besuchen, massenhaft !

! ! Mujeres unidas jamas seran vencidas !

Zum Projekt am WASSERTORPLATZ

Eines der ersten Projekte in Berlin die als Selbsthilfehäuser funktionierten war das Projekt Wassertorplatz. Dieses Haus sollte als Forschungsobjekt dienen um herauszufinden, wie mensch Selbsthilfe durchsetzen kann. 1977, das war zur selben Zeit als die Planung der behutsamen Stadterneuerung durchsetzbar wurde. Mensch hatte erkannt, daß Stadtplanung mit Kahlschlagsanierung, riesigen Hochhaussiedlungen nicht zu der gewünschten Ruhe und Sauberkeit führte. Im Gegenteil, die Kriminalitätsraten in diesen Vierteln stiegen. Es wurde also nach neuen Lösungen gesucht. Das Stadtplanung und Kriminalität unweigerlich zusammenhängen war keine neue Erkenntnis. Schon im Nationalsozialismus wurden die alten Arbeiterviertel als Unruheherde und Tummelplatz der Politischen und Kriminellen gesehen und einfach abgerissen. Die Bevölkerung wurde auseinandergetrieben um eine soziale Durchmischung herzustellen. Diese soziale Durchmischung ist nun ein Ziel der 'behutsamen Stadterneuerung'. Durchgesetzt werden kann dies aber viel einfacher, wenn mensch einfach die sozialen Gruppen, Stadtteilgruppen, BesetzerInnen etc. mit einbezieht:"Selbsthilfe muß im Vordergrund stehen. Freiwillige Helfer aus Vereinen, Kirchen und Parteien sind willkommen; Presse, Polizei und andere Institutionen können mitwirken. Weil mehr Verwirklichung der eigenen Peresönlichkeit und mehr Integration in die Gemeinschaft, wie sie die sozial-kulturelle Aufbauarbeit bewirken will, die Neigung zu kriminellem Verhalten mindert."(Tagung des BKA 78 zu Kriminalität und Städtebau) Gleichzeitig werden durch die Selbsthilfe Jugendliche von der Straße geholt. Durch Zwangsverpflichtung zur Arbeit in ihren Häusern(zu Löhnen die natürlich weit unter den Tarifen des Baugewerbes liegen) wird ihnen dann auch gleich die Gelegenheit gegeben, sich mit ihrem Haus, ihrem Kiez zu identifizieren. Als positiver Effekt erreichen sie das es zu einer Entsolidarisierung mit den Nichtbesitzenden kommt. Damit geben sich die Planer aber noch nicht zufrieden. Um auch den letzten Rest von Soidarität innerhalb der BesetzerInnen zu zerstören, mußten noch mehr Keile hineingetrieben werden. Dies versuchten sie durch die stufenweise Belohnung derer, die sich frühzeitig zu Kompromissen bewegen ließen (d.h. zur Aufgabe ihrer Ansprüche). Das Ziel dieser Politik kann mensch in 'STATTBAU ein Baustein...1983' von E.Eichstädt nachlesen. Dort heißt es, Stadterneuerung als "Schlußpunkt der BesetzerInnenbewegung, ein Stück Integration durch staatliche, bürokratische Verfahren, ein Stück Verführung durch öffentliche Gelder." Die Vertragsbedingungen wurden immer erniedrigender, der Druck diese zu akzeptieren immer größer. Um ihre Pläne den alternativen MittelschichtlerInnen aufzudrücken war es wichtig, deren positive Utopien begrifflich neu zu besetzen. Vorstellungen von Kollektivität, Eigenverantwortung und Selbstverwaltung wurden entpolitisiertr und so in den Dienst der Befriedungsstrategien gestellt. Den Ansprüchen wurde die Sprengkraft genommen, während ihre inhaltlich nun leere Verwirklichung gleichzeitig möglich erschien. Durch verschiedene Zugeständnisse verstand es der Senat die Projekte gegeneinander auszuspielen. Galt es zu Beginn der Selbsthilfeära einen Eigenanteil von 15% aufzubringen, wurde dieser Anteil immer mehr hochgeschraubt. Gleichzeitig laufende sozial-psychologische Begleitung sollte die Belastungsfähigkeit der SelbsthelferInnen festhalten und auswerten. Je kleiner, isolierter und zahmer der Widerstandwar, desto größer mußten die Zugeständnisse der VerhandlerInnen sein. Wichtiges Instrument zur Durchsetzung ihrer Pläne waren die Treuhänder und gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften. Deren Aufgabe war es," neue Instrumente für die Durchsetzung des Konzeptes einer behutsamen Stadterneuerung zu entwickeln. Sie verfolgen die Absicht, Selbsthilfegruppen bei der Erhaltung, Verbesserung und Erneuerung von Gebäuden zu beraten, deren eigenverantwortliche Verwaltung zu unterstützen und zu fördern.(...) Zeitnaher Schwerpunkt der Tätigkeit ist unter anderem die Rückführung besetzter Häuser in einen rechtlich geordneten Zustand." Durch fehlende Auseinandersetzung mit diesen Konzepten entstand so ein oben und unten innerhalb des Häuserkampfes. Ihren verschiedenartigsten Besitz gilt es nun zu verteidigen. So wird ein 'Enteignungsgedanke' ganz schnell zum 'Aneignungsgedanken'. Die soziale Kontrolle untereinander funktioniert, wie mensch nach dem letzten 1. Mai hören kann. Thomas Rogalla TAZ nach dem 1. Mai 89 :Da kommen die hierher und schlagen alles kaputt was wir uns aufgebaut haben. Von Revolution will ich nichts mehr hören. Wir haben hier etwas zu verteidigen.

Der Wohnblock am Wassertorplatz sollte eigendlich 1978 für die Osttangente abgerissen werden.
Auf Initiative der TU Berlin FB Architektur hin werden die Häuser aber als Selbsthilfeprojekt ausgeschrieben.
1978 gründete sich der Verein STUK e.V (Verein zur Förderung des gemeinsamen Wohnens von Kreuzbergern und Studenten) , der sich aus 1/3 StudentInnen und 2/3 KreuzbergerInnen zusammensetzt und übernimmt das Projekt.
Diese rund 150 Vereinsmitglieder sind die späteren BewohnerInnen, die nach und nach über Mietkauf die Wohnungen erwerben.Heute gehoren 1/3 der Wohnungen dem Studentenwerk und 2/3 der Wohnungen sind Eigentumswohnungen.

Unterstutzt und finanziert wurde das Projekt von folgenden Institutionen

- SENATOR FÜR BAU- UND WOHNUNGSWESEN
  (der verspricht sich Erkenntnisse über Eigenleistungen von BewohnerInnen bei der Altbauerneuerung, und über neue Organisations- und Finanzierungsmodelle)

- TU BERLIN
  (Forschungsprojekte alternative Wärmeversorgung, und Architektur)

- GSW WOHNUNGSBAUGESELLSCHAFT
  (ehemalige Eigentümerin)

- STUDENTENWERK BERLIN
  (verspricht sich neue Erkenntnisse über Wohnungsvorstellungen von StudentInnen)

- BEZIRKSAMT KREUZBERG
  (sucht familiengerechte Wohnungen und möchte wissen, wie es besser mit Problemen im Kiez fertig werden soll)

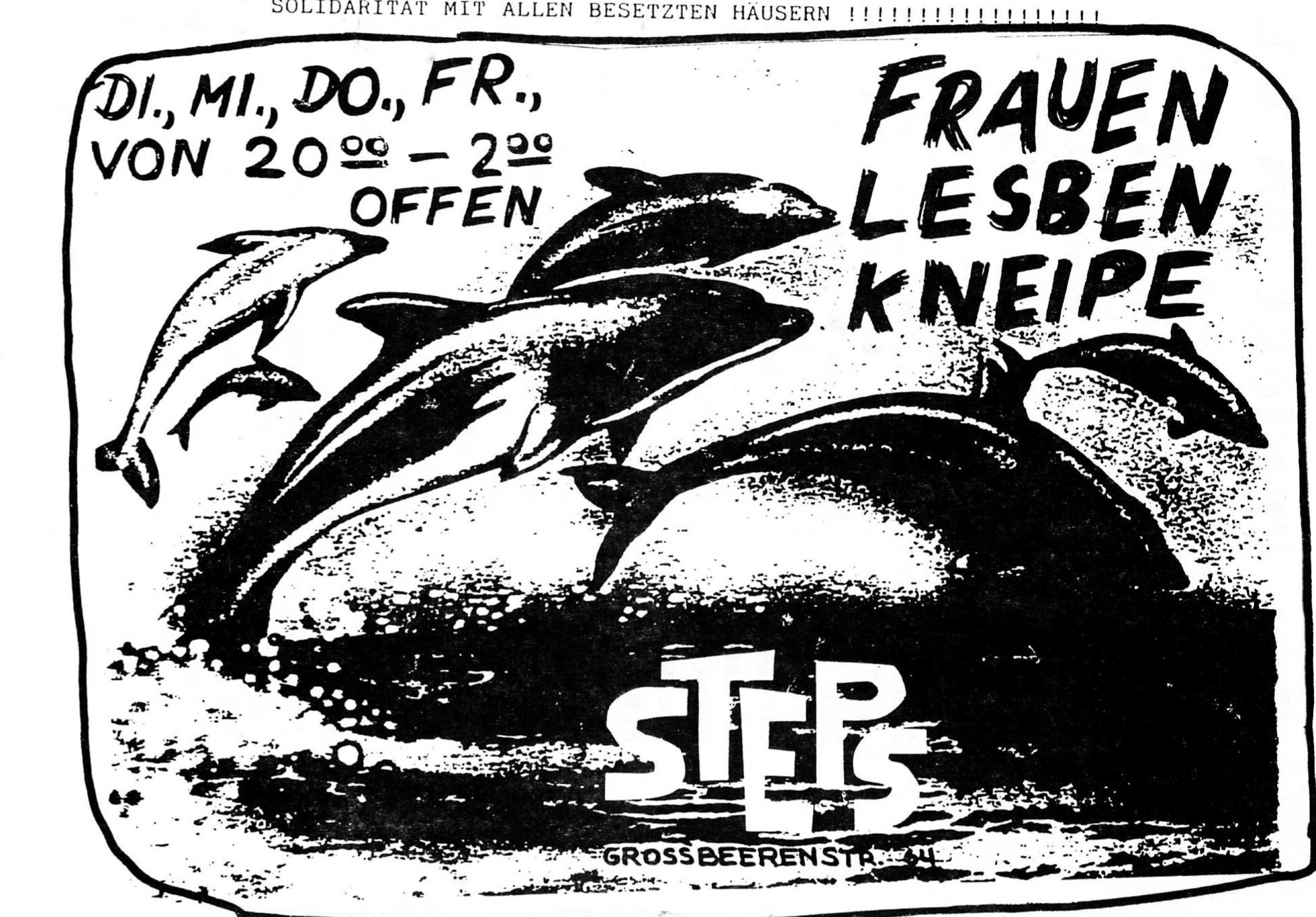
All die oben genannten Gründe waren den unterstützenden Institutionen runde 2o MILLIONEN DM wert, womit in Selbsthilfearbeit eine absolute LUXUSMODERNISIERUNG stattfand.

" Besondere Attraktion sind zwei Glaskuppeln, deren Bau man zur Zeit bewundern darf. Sie werden durch einen Laufsteg verbunden, der es ermöglicht über alle fünf Häuser zu lustwandeln. "
(Zitat : Süd-Ost Express 10/82, s.6)

Daß Spekulanten wie Klingbeil, Skoblo und Poly Wohnraum offen leerstehen lassen wissen wir mittlerweile.
Aber die mit 20 Millionen gekauften alternativen HausbesitzerInnen verstecken ihren Leerstand unter dem Deckmantel der Selsthilfe!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

WOHNRAUM DENEN DIE IHN BRAUCHEN!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

SOLIDARITÄT MIT ALLEN BESETZTEN HÄUSERN !!!!!!!!!!!!!!!!!!



BERLIN - HEUTE HAUPTSTADT VON DEUTSCHLAND
MORGEN HAUPTSTADT VON EUROPA

Und Alle, Alle kommen

Wohnraum? Kein Problem: Menschenwürdiger Wohnraum wird als Ware gehandelt, dem Einfluß von Spekulation und Kapital ausgeliefert. SIE kommen um jeden Preis, bezahlen jeden Preis.

Nun ja, für uns ist kein Platz mehr da, kein bezahlbarer jedenfalls. Denn auch der Bund deutscher Pfadfinder will mitverdienen mit der LINDENSTR. INTERNATIONALER TOURITREFF.

BdP-Konzept-Ein Gespenst aus der Vergangenheit

"Die BdP-Planung ist seit 5Jahrem die gleiche geblieben. Wir halten dieses Komzept für total überholt und es kann nicht angehen, daß dieses Jugemdprojekt vor dem Hintergrund der sich ständig verschärfenden Wohnumgssituation und der sozialen Gegensätze so durchgezogen wird"

Wir haben es gezogen, das große 'Obdach-los'

Die Berliner Jugemdzentren freuen sich über ungestresste MitarbeiterInnen, weil die Jugendlichen, die noch für ein weiteres herhalten müssen, eh lieber in die 'Gehirn-Spül-Hölle des neuen Berlins rennen.

Seit 185 warten wir auf ein glückliches Ende, aber nein, das Warten geht weiter umd unsere Flugblattsammlung wird immer dicker. Denn Momper und König und Co antworteten jedesmal (fast) und sie alle wollten uns helfen, oder so...

Geld regiert die Welt, nicht nur in der Limdenstr.

Ja, ja, "ein Dach über dem Kopf - eine bezahlbare memschenwürdige Wohnung - ist heute keine Selbstverständlichkeit mehr" - völlig richtig, Herr Pfadfinder.

Ist ja auch egal, auf alle Fälle gehen wir hier nicht mehr raus. Gewonnen haben wir zwar noch nicht, umso schöner läßt es sich feiern:

Für Menschen, die mithelfen wollen,

Mit Menschen, die mithelfen/machen wollen, gibs ein Vorbereitugstreffen am Sonntag, 8.4., 17 Uhr in der Lindenstr. 40/41 (Cafe)

Dazu: das mit den wechselden Terminen (8.4./7.4) für das Hoffest ist uns peinlich, sorry,

Kommt Alle zum Hoffest am 14. April in Lindenstr. 40/41

P.S. Kultur gibts Auch, was, das erfahrt Ihr in der nächsten Ausgabe.

Leserbrief zum Hungerstreik hier in der JVA-MOABIT

Justizvollzugsanstalt , den

29. März 1990

Ut sementem feceris ita metes....

Ich möchte einige Forderungen von uns Gefangenen er - läutern um somit unsere beschissene Lage hier zu Dokumentieren, damit **Ihr**, die Leser, etwas mehr begreifen könnt , waß hier die ganzen Jahre abgegangen ist und abgeht!
Es soll hier der menschliche Aspekt, das Gefühl und der totale Frust EUCH nahegebracht werden.

Groß ist die Wahrheit und sie siegt immer , Tschäää!?

uns hat man ja eingesperrt ,weil unsere Verhaltensweisen nicht den gesellschaftlichen und damit den staatlichen Normen ent - sprechen !
Wenn ich als Individium mich klauend,raubend , mordent,verge - waltigend durchs Leben bringe , dann läuft im Bezug auf den gesellschaftlichen Konsens sicherlich was falsch .
Die menschliche Gesellschaft hat bis heute viele Mittel angewannt, nichtkonforme Menschen zu Diziplinieren .
Da wurde geköpft und zerstückelt, gehängt und geschlagen;die tumbe Rache regierte .
Heute wird allgemein akzeptiert und es ist auch wissenschaft - lich Untermauert , das schlichte Rache und Menschenschinderei absolut nichts bringen.
Bei den Deutschen hat man das erst 1976 erkannt,staatlicherseits, und desswegen wurde das Strafvollzugsgesetz erlassen !

Der ungebändigte, seine Triebe auslebende Mensch soll nun durch Lernprozesse,sozialtherapeutische Maßnahmen und"Behandlungs - vollzug " dazu gebracht werden,soziale Verantwortung zu er - lernen und damit auch seine natürlichen Triebe zu unterdrücken. Schlicht gesagt , er soll sich Resozialisieren .
Dies ist im Bezug auf das Zusammenleben mit Menschen absolut vernünftig und auch erstrebenswert .

Dies ist die Theorie ...., die Praxis sieht ganz anders aus :

Justizvollzugsanstalt Moabit,eklatantes Beispiel für inhumanen , total repressiven menschenzerstörenden Strafvollzug !

Ich erzähle Euch einfach mal ,wie es einem Menschen ergeht , der hier in Moabit einfährt.
Die haben DICH verhaftet,in der Gothaer Straße bei den Bullen ist DIR erst mal der Himmel auf den Kopf gefallen,ein Alptraum , DU läufst rumm, als wenn dein letzter Joint zu fett ausgefallen ist . Das totale Brett vorm Kopf,totale Agonie, total ent - würdigt,ein NICHTS in den Händen der Bullen.Vieleicht hast DU auch mitbekommen , wie die nebenan einen zusammengeschlagen haben, DEINE Angst,der Dreck um DICH herum,Angst und Unsicher - heit, waß die noch mit Dir anstellen ,denn DU kannst ja gar nichts mehr bestimmen, bist eine Sache , mit der die machen was die wollen .
Nach 2 Tagen packen die Dich in eine dreckige Wanne , die wie ein Viehtransporter wirkt und karren Dich nach Morbid .

Der Haftrichter hat Dich nun offiziell eingelocht , DU hast einen Mietvertrag für Morbid , wie die Bullen so treffend den Haftbefehl nennen und Du bist denen dann auch auf Gedeih und Verderb ausgeliefert, im wahrstem Sinne des Wortes .

Moabit ist Dantes "Inferno" in einer Inszenierung von Willi Millowitsch

Du bist jetzt ein sogenannter"Zugang",wenn Du Nachmittags kommst, dann wird man Dich über Nacht auf eine Zugangszelle sperren, auf der es weder Radio noch Bücher gibt,dies damit DU erst mal weich in der Birne wirst oder auch , weil der Anastleitung dein jetziger Frust am Arsch vorbeigeht .
Vorher aber haben die dich gefilzt, durch die Sonne gejagt wie wir hier sagen, dh. man hat Dich gezwungen , Dich nackt auszuziehen und dann hat sich ein Beamter Dein Arsch - loch angesehen .
Du mußt nähmlich wissen , das die moabiter Justizbehörde Deine Menschenwürde gar nicht so verbissen sieht wie das der Staat im allgemeinen so verkündet,von wegen Menschenwürde und Grundgesetz .
Du liegst dann allso Deine erste Nacht in der Zugangszelle ab, auf das Du am nächsten Tag der Hausvaterei zugeführt wirst . Zu erwähnen ist hier noch , das eine Menge der hier üblichen Selbstmorde auf der Zugangsstation stattfindet .

Auf der Hausvaterei-Hauskammer - bekommst Du dann Knastklamotten verpaßt und die bringen Dich auf die Zelle, in der Du dann deine U-Haft verbringen darfst.
23 Stunden allein, ein Knastradio plärrt und 3 Bücher haste auch . 1 Freistunde gibt es in der Du dann auch gleich Kippen sammeln kannst , wenn Du das Pech hast und kein Geld hast oder keinen Menschen , der Dir ein Knastpaket schickt .
Wenn Du Geld hast , dann verdient sich der Knastkaufmann mit seinen total überhöhten Preisen einen goldenen Arsch an Dir .
Ach ja , Du darfst hier auch 2 mal die Woche für eine Stunde Umschluss machen , wenn der Staatsanwalt , der gegen Dich er - mittelt , nichts dagegen hat .
Deine Post wird natürlich auch von dem Staatsanwalt gelesen, der dir einen Strick drehen will. Dazu kommt , das die 14 Tage brauchen , bis Post zu Dir kommt oder von Dir ankommt !
Wenn Du Dich in irgendeiner Art und Weise gegen diese ganze schinderrische Scheiße wehrst,oder Dich nur mit Deinem Nachbarn am Fenster redest , dann kommen die Herren in Grau, Deine"Gruppen - betreuer " und schleppen Dich in den Bunker. Waß Dir so unter - wegs so alles passiert läst sich in der Regel nicht beweisen und Du darfst denen noch dankbar sein , das Du keine Anzeige wegen Widerstand bekommst und damit 6 Monate Knast von Amtswegen.
Auch so,Besuch haben darfste hier auch !
Nachdem Deine Lieben stundenlang auf dich gewartet haben kommste für eine halbe Stunde in ein Kabuff,in dem dann ein Schließer zuhört , was Du deinen Lieben zu erzählen hast .
Er kann den Besuch jederzeit "abbrechen", wenn Du etwas erzählst , was dem in den Kram paßt und strenges Berührungsverbot herscht natürlich auch. Dann darfste noch 18,-DM Automatenzug machen .
Deinem Rechtsanwalt darfste auch schreiben und er darf Dich sogar besuchen. Meiner Meinung nach ist dies für das Moabiter Landrecht ein wahrhaft humanitärer Akt, mich wundert bei dieser Justizpraxis , das die die Rechtsanwälte noch nicht abgeschaft hat.

Wenn Du wegen politischer Aktivitäten in Morbid bist, dann kommt es auch mal vor , das Du unter Deinen Verteidigerakten mal eine Fotokopie findest,weil die Anstalt dich irgendwohin gehohlt hat und zwischenzeitlich Deine Akten fotokopiert werden , damit der Staatsschutz besser bei Deiner Sache durchblickt !

Da ich hier nunmehr über die U-Haft gesprochen habe , wie ich gar nicht erst über das Thema Sozialarbeiter,Sicherung der Wohnung oder andere soziale Belange reden , weil das eh nicht stattfindet.
Die ärztliche Behandlung des U-Gefangenen ist auch unter aller Sau und es gleicht einer Katastrophe , ernstlich krank zu werden , weil der Gefangene dabei draufgehen kann .
Wenn Du Zahnschmerzen hast , dann quälste Dich halt ein paar Wochen rumm , bist Du dann behandelt wirst . Auch wenn die ganze Kauleiste im Eimer ist , der Zahnarzt kann nur einen Zahn behandeln und dann ist wieder 14 Tage Warten angesagt .
Die Zahnschmerztabletten sind hier quasi derart Wirkungslos , das Du ein Kilo davon futtern müßtest , damit Dir so schlecht , wird, das das die Schmerzen übertüncht .
Komme auch nicht auf die Idee , des Nachst auf die Ampel zu drücken , von wegen Schmerzmittel. Wenn Du das mehrmals des Nachts veranstaltest , kann es Dir passieren , das dir Deine Gruppenbetreuer auf die Birne hauen und in den Bunker Stecken !
Wegen jeden Scheiß wirste Anträge schreiben müssen , die dann der Richter genehmigt und waß Wochen dauert .
Dies bedeutet natürlich noch lange nicht , das sich die hiesige Knastverwaltung auch daran hällt, daß machen die nach Bock - prinzip .
Generell ist festzustellen , das Du als Gefangener der Gnade oder auch ungnade von Beamten ausgeliefert bist . Dazu kommt noch das da ein großer Teil aus Juristen besteht und beamtete Juristen sind ja bekanntermaßen das letzte, von denen Humanität in irgendeiner Art und Weise erwartet werden kann .
Erwarte allso gar nix und du fährst am Besten !

Händchen falten, Köpfchen senken und an die Behörde denken ...

Jetzt hat der Mensch allso den Punkt erreicht ,wo ihm die Justiz dem Prozeß macht !

Nachdem die Dich hier in Morbid allso schon weich geklopft haben machen die dir jetzt den Prozeß . Die machen und Du sitzt wie ein Idiot daneben und staunst nur noch .
Wenn die Dich Freigesprochen haben, womit hier in Bärlin nicht zu rechnen ist,97 % verurteilungen nach dem bärliner Landrecht,ist alles ok. und Du bekommst 10 DM Haftendschädigung pro Tag,wenn nicht , waß hier die Regel ist dann wartest Du 6 Wochen auf Dein Urteil und kommst dann nach Haus II.
Ab nun nennt man Dich Strafer .
Es gibt hier ein paar Freizeitgruppen, die Sozialarbeiter machen etwas mehr und Dein Besuch wird nicht mehr überwacht . 39.00 DM Taschengeld bekommste auch wenn Du über 1/2 Jahr im Knast bist.
Schulgruppen gibt es hier auch ein paar aber natürlich nicht genügend , als das alle Knackis mal von der Zelle kämen .
Die haben ja auch nur für 1/3 aller Gefangenen Arbeitsplätze , auf das der Rest dann für 23 Stunden am Tage auf der Zelle verschimmelt.

Es tut sich durch diese ganze Scheiße , die man hier mit uns veranstaltet, ein wahnsinniger Frust und eine kalte Wut in uns auf . Die Möglichkeit , dieses durch Sport abzubauen oder sich durch Fernsehen einzulullen besteht hier nur sehr begrenzt, weil die meisten Zellen ohne Steckdosen"ausgestattet " sind und es viel zu wenig Sportgruppen gibt.

Der Mensch köchelt hier in seiner ganzen Wut hilflos vor sich hin, weil die Justiz natürlich sämmtliche"Renitenz " mit Hausstrafen und Schikanen im Keime zu ersticken versucht !

Es gibt hier natürlich genügent versuche der Justiz , diese Wut zu kanalisieren, damit sie nicht eines Tages ausbricht . Einzelne Gefangene werden niedergemacht , die Masse der Gefangenen durch das niedermachen eingeschüchtert .
Dann wird noch kanalisiert , das heist man darf hier Beschwerden schreiben, die dann mit tumber Regelmäßigkei nach langer Wartezeit mit den oberflächlichsten und dümmlichsten Begrün - dungen abgewiesen werden .
Dadurch ist natürlich erst mal das Sekundärprobleme ausgesessen und die erste Wut verraucht .

Seid 1976 gibt es das Strafvollzugsgesetz und damit das Recht der Gefangenen , Insassenvertretungen zu bilden oder auch , das Recht auf eine Menschenwürdige Behandlung .
Weg mit dem Verwahrvollzug, bessere Besuchszeiten , halt die Forderungen der Hungerstreikenden .
Es ist ja auch hier nicht so das die Hungerstreikenden hier das Unmögliche fordern , sondern nur das , das waß seid 14 Jahren im Strafvollzugsgesetz steht und waß der bärliner Justiz bis dato am Arsch vorbeigeht.
Wir würden in einem Wolkenkuckucksheim leben , wenn wir mehr als unser Recht fordern würden.
Die Hungerstreikenden haben hier ja auch gefordert , das die Postkontrolle weckfallen muß.
Weil durch diese Forderung Bundesrecht tangiert wird , benützt der Justizsenat dies , um sämmtliche Forderungen für rechts - widrig zu erklären.
Die Postkontrolle passiert hier derart , das Vollzugsbeamte die Post der Gefangenen Lesen und es soll vorgekommen sein , das Beamte beobachtet wurden , wie sie sich über Briefe von Gefangenen amüsierten.
Sowaß ist echt Atzend und mündet dann in der hier geforderten Abschaffung der Kontrolle .
Weiter wurde die Öffendlichkeit vom Senat belogen , als das man die Hungerstreikenden als Untersuchungsgefangene darstellte , die dann Richtern unterstellt sind und bei dem der Senat da gar keine Einflussnahmerechte hätte .
In Wirklichkeit ist es aber zu einer Solidarisierung von Straf - und Untersuchungsgefangenen gekommen und der Senat ist da sehrwohl zuständig .

Generell ist hier klar zu sehen , das die Vollzugsbehörden den berechtigten Hungerstreik der Gefangenen aussitzen wollen und auch werden .
Ich meine , das dann auch tote oder gesundheitlich geschädigte Gefangene von dem Vollzugsbehörden billigend in Kauf genommen werden , weil das effektiv kostengünstiger kommt , als hier in Morbid reformen durchzuführen .
Im Januar haben die Moabiter Knastärzte ja auch einen Gefangenen verhungern lassen und der Gefangene , der seine Zelle hier aus Protest und absoluter Deppression abgefackelt hat ist gestern auch gestorben, der tot dieser Menschen sagt eigendlich alles.....
Es ist absolut schlimm hier und man/frau kann dieses eingefahrene System nun zerbrechen wenn eine absolute Solidarität zwischen drinnen und draußen besteht,

EINE EINHEIT EIN KAMPF ++++++FREIHEIT & GLÜCK ++++++++++++

Venceremos



REDEBEITRÄGE VOR DEM MOABITER KNAST AM 2.4.

REDEBEITRAG VOR DEM MOABITER KNAST AM 2.4.90

Hallo Leute!
Wir sind heute gekommen, um unsere Solidarität mit euch auszudrücken und eure Forderungen zu unterstützen.
Im folgenden wollen wir auf eure 6 Hauptforderungen inhaltlich eingehen.
Die erste Forderung ist: weg mit der Isolationshaft!

23 Stunden allein sein ...,mit keinem sprechen können ..., gerade jetzt, wo soviel unklar ist..., wo Ängste entstehen... wieviel kriege ich auf dem Termin...,wie soll ich mich verhalten...,halte ich das alles durch...,gerade jetzt will ich gern mit meinem Freund,der Freundin reden...,ganz viel und mich ankuscheln oder wenigstens mit den anderen Gefangenen quatschen...,ob die sich auch so beschissen fühlen..., aber nichts ist, eine Stunde Hofgang, wenn sie nicht wegen "Sicherheit und Ordnung" ausfällt, da darfst du reden ...,endlich unter Menschen, aber bis du mit dem ersten nur ein bißchen warm bist..., Ende der Freistunde..., 16 h 30 Nachtverschluß, 22 Uhr Licht aus..., warten..., an die Decke starren...,nicht schlafen können...,die Gedanken kreisen, aber du kommst nicht weiter..., dieses ewige Alleinsein...,aber du darfst dich ja beschweren oder Anträge stellen...,aber bitte nur zur Frühstücksausgabe und in schriftlicher Form...,mensch war der scheißfreundlich der Schließer.

Für uns draußen kaum vorstellbar, für euch drinnen bittere alltägliche Realität. Die Funktion der Isolation ist offensichtlich: je isolierter ein Mensch ist, desto einfacher läßt er sich schocken, verunsichern, bleibt in seinen Ängsten und Zweifeln gefangen, läßt sich einfacher unterwerfen und beherrschen.

Die 2. Forderung ist: weg mit jeder Form von Sonderhaftbedingungen! keinen Knast im Knast!

Heute in der Freistunde...,der neben dir, er war fast glücklich..., endlich wieder in seiner Zelle!- noch ein Tag länger im Bunker und er wäre wahnsinnig geworden, das schwört er dir. Keine Zeitung, kein Papier, kein Kuli,keine Musik, kein Tabak, kein Tisch, kein Stuhl, nichts persönliches.., dir wird nur vom zuhören eiskalt...

Hier haben wir es mal wieder, das uralte Spalte und Herrsche Prinzip, funktioniert leider drinnen wie draußen.Immer nach dem Motto ... denen gehts doch viel schlimmer als mir; da kann ich mit meiner Situation ganz zufrieden sein.

Die 3. Forderung ist: weg mit jeder Form von Zensur!

Endlich Besuch , bei der Umarmung kiekt er schon blöd, der Scheißbulle, sie wissen ja... Berührungsverbot...,wie du zurechtkommst..., du willst stolz losplappern von den Geschäften und der kleinen Schlägerei gerstern, aber halt, stopp, nichts über Dope und bloß keine Namen, also schwafelst du...,Allgemeinheiten...,vom gegenüber fragende Blicke...,du guckst zum Beamten rüber, der schläft fast, aber tut er das wirklich...,also neuer Versuch..., ein bißchen konkreter...,aber immer noch Zweifel... Scheiße, du willst doch verstanden werden.

Oder der Brief neulich: du hast einen tollen Traum gehabt. Ja klar, war reichlich Sex dabei...,hast sie und dich richtig gefühlt, wolltest, daß sie dran teilnimmt..., an deinen Gefühlen, deinen Phantasien..., dann hast du dich geschämt..., der Richter soll sich nicht an dir, an euch aufgeilen, oder dich für pervers halten. Du hast dann nur geschrieben, ich habe von dir geträumt....

oder die Sache mit dem Zellenspion, oder den Büchern, oder den Zeitschriften, oder den Paketen, oder den Telefonaten, oder oder , oder.

Kontrolle und Überwachung sind im Knast noch ausgeprägter und totaler als draußen. Die Funktion ist ähnlich wie bei der Isolation. Das Gefühl zu erzeugen, du bist hilflos, sie durchschauen dich, sie haben dich fest im Griff, du kannst nichts gegen sie ausrichten

Die 4. Forderung ist: weg mit der Zwangsarbeit!!! für Selbstorganisation!
Als du noch draußen warst, hast du keinen Job unter 10.- die Stunde angenommen. Schließlich leben wir ja nicht mehr im Mittelalter, hast du großmäulig verkündet. Und jetzt sitzt du hier und überlegst, ob du ranklotzt und noch 500 Tüten mehr klebst, um von 6,86 auf 7,55 zu kommen. Nicht Stundenlohn, Tageslohn, versteht sich! Nur damit du beim rauchen nicht rationieren mußt und vielleicht mal ein bißchen Obst oder nen Kuchen, und vor allen Dingen ein paar Stunden raus aus der Zelle, Leute treffen.
Auch wenn draußen die Ausbeutung geringer ist, die Funktion der Arbeit als Herrschaftssicherung bleibt die gleiche: Das einüben von Disziplin, Leistungs- und Konkurenzdenken und damit das Akzeptieren von Macht- und Hierachiestrukturen.
Die 5. Forderung ist: weg mit der (ver)waltenden Knastmedizin! für freie Arztwahl ohne Kontrolle.
Scheiße, schon wieder Magenschmerzen, kommen jetzt immer öfter..., draußen hab ich das nie gehabt, aber jetzt..., nach 3 Wochen U-Haft hats angefangen. Nach 3 Vormeldern endlich Arztbesuch. Sie sind kerngesund, sagt er. Immerhin hat er noch auf den Bauch gedrückt und den Puls gefühlt. Bei anderen geht"s noch schneller , Ferndiagnose: per Telefon oder auf 3 Meter Entfernung..., Simulant. Scheint ansteckend zu sein. Haben fast alle hier. Daß der Knast krank macht, auf die Idee kommen die hier nie.
Wer über medizinische Versorgung im Knast reden will, redet über etwas, was es gar nicht gibt.
Die 6. Forderung ist:gegen Spaltung und Vereinzelung! für eine Gesellschaft ohne Knäste!
Diese Forderung zeigt den Weg und das Ziel auf. Das Ziel ist eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Knäste. Der Weg dahin kann nur durch die Aufhebung von Isolation, der Verhinderung von Spaltung , der Abschaffung von Kontrolle und Überwachung und der Abschaffung des Zwangs zur Arbeit führen. Das damit die Grundpfeiler der Herrschaftssicherung des kapitalistischen Systems angegriffen werden, ist offensichtlich. Das deshalb die Forderungen nie erfüllt werden, es sei denn, wir erkämpfen sie, ist ebenso offensichtlich... Wir können den Kampf aber nur gewinnen, wenn wir wieder mehr das Gemeinsame, das Verbindende suchen. Und in diesem Sinne sind eure Forderungen ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Denn erstens ermöglichen eure Forderungen, daß sich alle Gefangenen anschließen können, da keine/r ausgegrenzt wird und zweitens zeigen eure Forderungen die Verbindung zum großen Knast und machen damit konkret was wir als Floskel schon immer drauf hatten.

IHR FÜR UNS DRINNEN
WIR FÜR EUCH DRAU?EN

REDEBEITRAG VOR DEM MOABITER KNAST AM 2.4.90

Hallo ihr da drinnen und natürlich auch hier draußen. In den letzten Jahren stehen wir ja nun häufiger hier vor dem Knast. Das hat mit Sicherheit damit zu tun, daß es den Herrschenden überhaupt nicht mehr gelingt Ruhe bei euch reinzukriegen. Mal sind es die Frauen aus Plötzensee, mal die Typen aus Tegel, auf jeden Fall passiert in den letzten Jahren einiges an Widerstand im Knast, was lange Zeit vorher so nicht vorhanden war, bzw. schon gar nicht öffentlich wurde. Es ist aber nicht nur der Punkt, daß jedes Jahr eine bzw. mehrere große Aktionen in den Knästen ablaufen, sondern noch mehr der Zusammenhang zwischen den aufgestellten Forderungen, der noch einiges erwarten läßt. Waren es am Anfang teilweise sehr induviduelle Forderungen , so wurden sie im Laufe der Zeit immer mehr so, daß sie für alle Gefangenen Gültigkeit haben.
Dies findet sich dann in eurem Forderungskatalog auch entsprechend wieder. Das worauf Knast heute aufbaut wird von euch in euren Forderungen genau getroffen, wenn ihr schreibt,
1. Weg mit der Isolationshaft
2. weg mit jeder Form von Sonderhaftbedingungen, keinen Knast im Knast
3. weg mit jeder form von Zensur
4. weg mit der zwangsarbeit!!! für selbstorganisation

5.weg mit der verwaltenden Knastmedizin, für freie Arztwahl ohne Kontrolle
6. gegen Spaltung und Vereinzelung!für eine Gesellschaft ohne Knäste

Entsprechend schwierig ist es natürlich deshalb diese Forderungen durchzusetzen. Dies umso mehr, als natürlich die übliche Isolation von Leuten, die sich wehren, bei euch auch konsequent angewandt wurde. Allerdings nicht nur im Knast, wird Kommunikation und Öffentlichkeit unterdrückt, auch draußen, die Presse schweigt eure Aktion weitgehend tot. Sicher versuchen wir mit unseren Mitteln dem etwas entgegenzusetzen, aber ihr wißt ja aus eurer Zeit draußen selbst, daß dies nicht immer ganz einfach ist. Aber wir sind ja nicht hier um zujammern, sondern wollen euch zeigen, daß ihr nicht vergessen seid, und daß es draußen durchaus eine Menge Leute gibt, die sich für das was bei euch abläuft interessieren, bzw. euch unterstützen. Dabei ist dies nur eine von vielen Aktionen , die inzwischen draußen gelaufen sind und von denen es hoffentlich noch mehr geben wird. Wichtigster Punkt war dabei für uns zunächst einmal eure Forderungen überhaupt öffentlich zu machen. Wir hoffen, daß dies nun weitgehend geschehen ist. Deshalb besonders wichtig, weil wir der Auffassung sind, daß sie die Basis für viele weitere Aktionen sein könnten. Denn erstens wissen wir wirklich nicht, welchen eingesperrten Menschen diese Forderungen nicht betreffen und zweitens rütteln sie gerade deshalb gewaltig am Knast insgesamt. Wir versuchen aber nicht nur draußen Öffentlichkeit über eure Forderungen herszustellen, sondern sie auch in den anderen Knästen Berlins und der BRD bekannt zu machen. Dabei gehen wir davon aus, daß die Verantwortlichen nichts so sehr fürchten wie Solidarität aus anderen Knästen. Beispiele dafür sind, daß es in Tegel letztes Jahr sofortige Verlegungen gab, als sich die Typen dort mit den Frauen und ihrem Hungerstreik solidarisierten, bzw. aus dem bundesweiten Hungerstreik von gefangenen aus RAF, Widerstand und sozialen Gefangenen, der auch deshalb für die Verantwortlichen so schwer zu brechen war, weil sich drinnen und draußen eine Menge Leute solidarisierten. Sicher im Ergebnis immer noch viel zu wenige. Trotzdem geht die Entwicklung dahin, daß Knast nicht mehr eine irgendwo vorhandene, drohende Instanz ist, sondern immer mehr in die vielfältigen politischen Aktivitäten mit eingebunden wird. Hier bei eurer Aktion etwas gemeinsames hinzukriegen könnte wieder ein Teil dieser Entwicklung sein.
Schließlich betrifft uns draußen der knast ja nicht nur als Geschichte wo wir selbst vielleicht mal hinkommen, sondern dieselben Geschichten laufen auch draußen ab. Immer mehr Isolation, Vereinzelung, Zensur durch Unterdrückung von Nachrichten, Arbeit, die mit Selbstorganisation nichts mehr zu tun hat. Über die Vereinzelung und Spaltung draußen zu schreiben würde ganze Bücher sprengen. Da werden Kiezstrukturen zerschlagen, Treffpunkte zerstört und vieles mehr. Die Überwachung wird immer ausgefeilter und entsprechend steigt auch die Bespitzelung an.
Wir meinen allerdings nicht, daß es dasselbe wie bei euch drinnen ist, sondern wissen schon um unsere draußen durchaus noch vorhandenen Freiräume. Aber das Prinzip ist wohl drinnen und draußen dasselbe, wenngleich es bei euch natürlich viel direkter , konzentrierter abläuft. Das daraus nicht automatisch ein Kampf drinnen und draußen entsteht wissen wir, genauso wie ihr aus den letzten Jahren. Dazu gehört viel mehr als gemeinsam Angriffen der Herrschenden ausgesetzt zu sein. Dazu gehört drinnen und draußen auch sagen zu können wofür wir eigentlich sind, neben dem wogegen. Bestandteil davon ist die Abschaffung der Knäste bzw. Psychiatrien oder was sich sonst noch die Herrschenden so an Ersatzgeschichten ausgedacht haben. Dafür laßt uns zusammen eintreten und kämpfen. Voraussetzung davon ist allerdings, daß dieser Kampf ein gemeinsamer ist und nicht wieder jede einzelne Fraktion ihre eigenen Forderungen hat. Dies bedeutet ja nur, daß die Spaltungsgeschichten gewirkt haben. Ein Anfang dazu ist mit eurem Forderungkatalog gemacht.

freiheit und glück

redebeitrag zum aktionstag am 2.4.

im knast zu sein bedeutet ,einer totalen institution ausgeliefert zu. sein,die dir jede entscheidung über dein leben und deinen tagesablauf nimmt,die dich ständig schikaniert,kontrolliert und bespitzelt|Weiter heißt knast für fast alle in moabit 23 stunden alleine auf zelle,abgeschottet und isoliert von anderen gefangenen,von den freundInnen und dem leben draußen|Wenn du arbeiten gehst,hast du zwar die möglichkeit, mit anderen kontakt aufzunehmen,zahlst dafür aber den preis,dich für 1DM/stunde durch die stumpfsinnige,blöde arbeit ausbeuten zu lassen| Dazu kommt das miese essen,der bewegungsmangel,die langeweile... | In dieser situation krank zu werden ist bestimmt eine gesunde reaktion des körpers| Draußen krank zu sein ist schon beschissen genug-im knast trifft es dich noch viel härter,weil du den krankmachenden bedingungen weiterhin ausgeliefert bist |Außerdem interessiert die knastmedizinerInnen nicht deine gesundheit,sondern,ob du"haftfähig"bist Du sollst so schnell wie möglich zurück auf zelle|
Auch wenn du gesund bist,hast du ständig mit den schließern im arztkittel zu tun|sie werden vom knast bezahl und haben wichtige kontroll-und straffunktionen|Sie entscheiden über die verbesserungen der haftsituation, zb ob du länger hofgang hast,sport machen darfst oder eine leselampe kriegst|-ArztInnen entscheiden über die arrestfähigkeit,das heißt,sie schicken menschen bis zu 4wochen totalisoliert in einen fensterlosen bunker mit klo und betonbett|-ÄrztInnen spritzen unbequeme gefangene gegen deren willen mit psychopharmaka ab,um sie als aktive,kämpfende menschen auszuschalten|-Alleine die möglichkeit,daß deinem essen psychopharmaka beigemischt sind,wie es schon in verschiedenen knästen gelaufen ist,bedroht dich ständig und gibt dir das gefühl,ausgeliefert zu sein-psychofolter|-Bei vielen hungerstreiks haben arztInnen durch zwangsernährung gefangene gefoltert und ermordet|
Immer sind es arztInnen,die,allen vorstellungen von leben zum trotz,die haftfähigkeit von menschen bescheinigen|Kein mensch ist haftfähig!Bunkerfähig schon gar nicht!Am schlimmsten ist dieser zynismus für schwerkranke menschen.So sind zb HIV-infizierte haftfäähig,obwohl ganz klar ist,daß sie den knast nur total fertig oder tot verlassen werden|Das alles zeigt,daß die ärztInnen genauso zur knastmaschinerie gehören wie die bullen und die schließer|Nach draußen soll die knastmedizin den anschein einer staatlichen fürsorge für die gefangenen vermitteln!Es wird propagiert,daß die gefangenen umfassend medizinisch versorgt werden| Dadurch wollen sie die unmenschliche und krankmachende realität im knast verschleiern|Die tatsächliche medizinische versorgung ist reine sympthombehandlung,fließbandabfertigung mit den billigsten mitteln|Um einE ärztIn zu sprechen muß ein schriftlicher antrag gestellt werden,den die sanis,die meist keine richtige ausbildung haben,nur weitergeben,wenn sie die krankheit für ernst genug halten|Für ausländische gefangene,die sich ohne dolmetscherIn mit der ärztIn verständigen müssen,ist eine korrekte versorgung fast unmöglich|Freie ärztInnenwahl gibt es fast garnicht,weil dabei sowohl die anstaltsärztIn als auch die anstaltsleitung zustimmen müssen|Außerdem haben gefangene keine krankenversicherung|Bei 160DM ist der krankenversicherungsbeitrag von 140DM eine reine verarschung, privatbehandlung auf eigene rechnung erst recht|
Der streik und die aktionen,die seit dem 26.2.in moabit laufen,richten sich gegen die krankmachenden bedingungen im knast|Die auflehnung und der kampf sind die einzigen mittel der gefangenen um ihre identität zu wahren und sich nicht der knastmaschinerie ausgeliefert zu fühlen|Außerdem ist es natürlich der einzige weg,wirklich etwas an den bedingungen zu ändern|Zur medizinischen versorgung haben die gefangenen folgende forderungen aufgestellt: ——→

-weg mit der(ver)-waltenden knastmedizin
-freie arztwahl ohne kontrolle
-einführung von kranken-und rentenversicherung
-sofortige abschaffung des kalten entzugs für drogenkranke
-weg mit zwangsernährung und komalösung
-sofortige freilassung aller haftunfähigen,d.h.auch aller HIV-positiven

Auch hier draußen wird gute medizinische versorgung immer mehr zum luxus,der nur für menschen mit viel geld erschwinglich ist!Selbst diese miesen bedingungen sind für die gefangenen erstebenswerte utopien!Trotz dieses unterschiedes sind gefangene und menschen,die hier draußen wenig geld haben,der gleichen staatlichen auslese und ausgrenzung unterworfen! Es trifft alle,die sich von den herrschenden nicht verwerten lassen!Die gemeinsame betroffenheit könnte ein ausgangspunkt für zukünftige gemeinsame kämpfe werden!

-GEGEN SPALTUNG UND VEREINZELUNG!FÜR EINE GESELLSCHAFT OHNE KNÄSTE!

-UNTERSTÜTZT DEN KAMPF DER GEFANGENEN PRAKTISCH!

-KEINE RUHIGE MINUTE DEN HANDLANGERN UND NUTZNIEßERN DER KNASTMASCHINERIE!

Betr.: VERFASSUNGSSCHMUTZ

Einige von uns, die nach ihren Eintragungen beim Verfassungsschutz nachgefragt haben, erhielten in der letzten Zeit Antworten. Sie reichen von Akteneinsicht,Angeboten zur Löschung der Daten bis zur totalen Ablehnung der Auskunft wegen des Verdachtes der Zugehörigkeit "zum linksradikalen autonomen Sepktrum".

Wir wollen die Antworten untereinander vergleichen und gemeinsam überlegen, wie in Einzelfällen zu verfahren ist (Akteneinsicht ja oder nein, mit oder ohne AnwaltIn, klagen usw.).

Also, stellt die Anfragen schriftlich beim Senator für Inneres, Abt. Verfassungscchutz, Fehrbelliner Platz 2, 1000 Berlin 30. Es genügt ein Satz, in dem Ihr zu erkennen gebt, daß Ihr an Euren eventuell gespeicherten Daten interessiert seid mit der Bitte um Mitteilung dessen.

Schickt die Kopien Eurer Antworten vom Verfassungsschutz oder kommt vorbei oder ruft an - und teilt auch mit, ob Ihr an einem gemeinsamen Treffen interessiert seid - falls genügend Interesse besteht, laden wir über die Interim ein.

Wir sind zu erreichen über den EA:
Di: 20-22 Uhr Tel. 692 22 22 oder im Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

So. 18-21 Uhr nur telefonisch unter obiger Nummer!!

Hungerstreik ausländischer Gefangener in der JVA-Bochum

.Seit Freitag,den 16.03.90 sind in Bochum 14 Gefangene im Hungerstreik.Sieben Italiener und sieben Deutsche,alles Strafgefangene.Anbei schicken wir die Erklärunn der italienischen Gefangenen, (die Erklärung zu dem HS, von einem deutschen Gefangenen und die HS-Erklärung eines weiteren Deutschen diese sind in Ordner) .Die Gruppe deutscher setzt sich hauptsächlich aus HIV-"Positiven" zusammen.Gleichzeitig sind drei italienische Gefangene im Dortmunder Knast auch im HS,mit den gleichen Forderungen,die die Italiener in Bochum haben.Die letzte Info die wir haben ist von heute,23.03.90.Demnach sollen die italienischen Gefangenen hier in Bochum seit heute auch im Durststreik sein.
Also,macht die sachen öffentlich.

Dieser Brief geht an folgende Gruppen,wenn Euch noch welche einfallen, dann schickt die Infos weiter rum.:Haberfeld(Köln),Durchblick(Berlin) Schwarz-Rote Hilfe(Münster),Bunte Hilfe(Darmstadt),Rote Hilfe(Berlin) Hungerstreikplrnum(Heilbronn)Bunte Hilfe(Stuttgart),Angehörigen Info ,Interim(Berlin),

---

H U N G E R S T R E I K
Ausländischer Gefangener
in der JVA Bochum

Zielsetzung:

1. *Wir verlangen die gleichen Rechte wie deutsche Gefangene, hier insbesondere einen entsprechenden Vollzugsplan, in dem die weiteren Vollzugsmassnahmen und zugehörende Progression wie Ausgang, Urlaub, Umschulung, Verlegung in den offenen Vollzug verbindlich festgelegt sind.*
In allen Fällen der Strafvollstreckung an ausländischen Gefangenen erledigt sich diese im blossen Absitzen der Strafe. Dadurch bedingt, ergibt sich eine totale Isolation des Menschen und bedingt zwangsweise dessen Entmündigung, da er gehindert wird, an seinem sozialen Umfeld aktiv mitzuwirken. Diese Haftform zerstört unsere Familienkontakte und stellt Familienbindungen dadurch in Frage, da die Abschiebung mit ungewissen Terminen auf jeden von uns zukommt.
Hinzu kommt die sprachliche Barriere mit einer enormen psychischen Belastung aus der Schwierigkeit der Artikulierung entsprechender Rechte gegenüber der staatlichen Macht.

2. *Wir verlangen, dass wir, soweit es sich um italienische Staatsbürger handelt, in ein italienisches Gefängnis verlegt werden. Für Gefangene anderer Nationalität wird eine Verlegung in ein Gefängnis in deren Land verlangt. So bleibt gewährleistet, dass die familiären Bindungen erhalten bleiben. Ausserdem besteht so die Möglichkeit, dort zu arbeiten und den Unterhalt für Frau und Kinder zu verdienen und ausserdem entsprechende Vorsorge für Arbeitslosigkeit nach der Haft und darüberhinaus für das Alter zu treffen.*
Damit wäre die Diskriminierung unserer Arbeit durch Ungleichbehandlung hier in Deutschland ausgeschlossen.

3. *Wir verlangen, dass solange die Haft dauert, das Ausländeramt jeden ausländischen Gefangenen mit der Prozedur eines Ausweisungsverfahrens unbehelligt lässt.*
Das Ausweisungsverfahren darf im Zuge der Gleichbehandlung im Vollzug erst nach Ende der Strafhaft, wenn überhaupt, einsetzen, da nur so gewährleistet ist, dass die Nachteile der Haft das Verfahren selbst nicht beeinflussen.

4. *Wir verlangen, den Abzug von Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung von unseren Arbeitsvergütungen zu unterlassen, soweit die Abschiebung beantragt wird. Die bis dahin schon einbehaltenen Beträge sind zurückzuerstatten, da eine Inanspruchnahme einer solchen Versicherung durch abgeschobene Menschen, die dann dem Arbeitsamt zur Vermittlung nicht mehr zur Verfügung stehen, nicht möglich ist. Hier kann auch das Argument der Solidargemeinschaft nicht gelten, da die Solidargemeinschaft in diesem speziellen Fall für diese Menschen aus ihren eigenen Geltungsbedingungen versagt. Aus diesem Grund ist das Verlangen von Leistungen an uns sittenwidrig.*

5. *Wir verlangen, dass wir von allen Bediensteten der JVA Bochum weder direkt noch indirekt diskriminiert werden.*

Zusammenfassend ist zu sagen, dass aus der Sicht der am Hungerstreik Beteiligten nur noch dieses Mittel gangbar scheint, um gegen die gravierende Ungleichbehandlung ausländischer Gefangenen hier in Bochum in der Strafverbüssung, in sozialpolitischer Hinsicht, insbesondere aber in der Zerstörung unserer Familienbindungen zu protestieren und auf unsere Probleme aufmerksam zu machen.

Bochum, am 16.März 1990

ERKLÄRUNG VON GEFANGENEN AUS DER JVA I PREUNGESHEIM

Wieder hat einer unserer Mitgefangenen den "Frei"tod einem Leben im Betonsilo des Untersuchungsgefängnisses Frankfurt-Preungesheim vorgezogen. Alberto Gomez Granados war Kolumbianer und wurde zusammen mit seiner Frau vor 4 Wochen auf dem Frankfurter Flughafen wegen versuchten Kokainschmuggel verhaftet.

Von der mit dem"demokratischen" Westen verbündeten Kolumbianischen Oligarchie zum Leben in tiefster Armut gezwungen, wurde Alberto Gomez Granados und seine Frau von den Drogenbossen als lebender Container mit 1,5 kilo Kokain nach Deutschland geschickt. Seine und seiner Frau Chancen, so die Voraussetzungen für ein Leben ohne Hunger und Not für sich und ihre zwei Kinder zu schaffen, waren von vorneherein zum Scheitern verurteilt. Sie wußten, daß über 95 % der 'lebenden Container ' am Flugnafen verhaftet werden - das Elend in ihrer Heimat ließ ihnen trotzdem keine Wahl.
In der JVA Preungesheim, konfrontiert mit der hier angehäuften Perversion des bundesdeutschen Strafvollzugs und 23 Stunden am Tag isoliert in einer mit Betonsichtblenden zugemauerten Gruft ' rettete ' sich Alberto Gomez Granados heute Nacht in den Selbstmord.
Wir, die Mitgefangenen von Alberto Gomez Granados rufen hiermit zu einer Spendenaktion für die zwei Kinder in Kolubien und zur Unterstützung der Ehefrau von Alberto auf.
Wir grüßen die Ehefrau von Alberto Gomez Granados im Frankfurter Frauen - knast. Wir teilen ihre Trauer und versichern ihr unser Mitgefühl und unsere Solidarität.

Wir protestieren gegen die unmenschlichen und unzumutbaren Zustände in der Untersuchungshaftanstalt Frankfurt I.
Wir fordern :

1. Sofortige Teilnahmemöglichkeit aller Gefangenen an den Freizeit - veranstaltungen und nicht erst nach zwei Monaten, wie zur Zeit.
2. Täglicher Hofgang unter freiem Himmel und nicht nur an zwei oder drei Tagen in der Woche.
3. Freie Verfügbarkeit des Stroms in den Zellen rund um die Uhr und nicht nur für eine Stunde zum Rasieren.
4. Keine Einzelbesuchsüberwachung nach Abschluß der Ermittlungen
5. Nach Abschluß der Ermittlungen Briefzensur mit Stichproben in der JVA I selbst, da die Post über die Gerichte mit regelmäßig wochen - langen Verzögerungszeiten unterwegs ist.
6. Ein besseres Angebot an Fachpersonal (Sozialarbeitern, Psychologen und Lehrkräften).
7. Längere Freizeit und kein Nachtverschluß schon um 15 h 30

Außerdem werden wir über den Anwalt von Alberto bzw. den Anstaltsgeistlichen ein Konto eröffnen,um die Frau und ihre Kinder zu unterstützen.
(P.S.So wichtig Spenden für die weitere Existenz der Kinder von Alberto Gomez Granados sind, sie ersetzen nicht den Protest und Widerstand gegen die Verhätnisse, die diesen Spendenaufruf notwendig gemacht haben.)

INFORMIERT EURE FREUNDE UND ANGEHÖRIGEN !!

17.3.90 **PROVISORISCHER GEFANGENENRAT DER JVA I PREUNGESHEIM**

Spendenkonto : Frankfurter Volksbank
Kontonummer : 7oo-290
BLZ : 501-900-00
Stichwort : Alberto Gomez Granados

neue urteile im startbahnprozeß !

heute wurden die urteile im abgetrennten verfahren gegen andi semisch, ina then und rainer hübner gesprochen.
dabei wurde andi semisch zu 2 jahren haft verurteilt, die er mit der dauer seiner u-haft abgesessen haben dürfte.
in a then erhielt eine strafe von 2 jahren, die zur bewährung auf 4 jahre ausgesetzt wurde.
rainer hübner wurde zu 2 jahren und 9 monaten ohne bewährung verurteilt.

im einzelnen...
zu andi semisch:
mit der freilassung von andi am 20.2. dieses jahres, nach über 2jähriger u-haft, zeichnete sich schon ab, daß für ihn eine verurteilung gemäß §129a und eine entsprechend hohe haftstrafe nicht mehr ansteht.
zu offensichtlich war der zentrale anklagepunkt, seine angebliche autorenschaft mehrerer bekennerschreiben, durch die demontage des bka-pseudo-linguisten namens perret in sich zusammengebrochen.. mit abschluß der beweisaufnahme wurde andi dann freigelassen. mickriger rest der beschuldigung blieb der vorwurf, daß er die am 8.11.86 in hanau geraubte polizeiwaffe vorübergehend aufbewahrt hätte. allein auf diesbezügliche aussagen, die von denen, die sie gemacht hatten, im prozeß widerrufen wurden, gründet sich die verurteilung.
zum einen mußte sich das gericht wohl die peinlichkeit ersparen, bei einem freispruch auch noch mit haftentschädigungsansprüchen konfrontiert zu werden.
zum anderen sei andi vorbestraft und habe nach meinung des gerichts keine günstige zukunftsprognose. dies wurde damit begründet, daß er keine reue zeige, sich zu den vorwürfen nicht äußre und sein verhalten vor gericht keine veränderung seiner politischen einstellung erkennen lasse.
daß widerständiges verhalten bestraft gehört, hat der staatsschutzsenat damit nochmals bekräftigt.

zu ina:
ina hatte gestanden, beim umsägen zweier strommasten beteiligt gewesen zu sein. sie erklärte auch, daß sie sich , insbesondere nach einem unfall während einer aktion, von solchen aktivitäten abgewendet hätte.
auf diese abkehr und ihrer sogenannten erhöhten strafempfindlichkeit wegen ihrer sozialen situation (ina hat ein 2jähriges kind) begründete der senat die aussetzung der strafe auf bewährung.
der vorwurf, daß sie die in hanau entwendete waffe aufbewahrt hatte, wurde fallen gelassen, der §129a damit auch.
weil die angeklagten aktionen im jahre 1986 stattfanden, also vor der gesetzesveränderung, nach der strommastaktionen als katalogtaten für den §129a gelten, kam allenfalls eine verurteilung als kriminelle vereinigung in frage. das hat der staatsschutzsenat ausgeschöpft.

zu rainer:
rainer saß schon 18 monate in u-haft, beschuldigt an mehreren strommastaktionen beteiligt gewesen zu sein. er hatte im prozeß keinerlei aussagen gemacht, das wurde ihm jetzt dahingehend ausgelegt, daß er keine reue zeige.
ansonsten gab es gegen rainer einzig die belastenden aussagen von früheren mitangeklagten, die diese allesamt im prozeß widerrufen hatten. der senat erklärte sie dennoch für"wahr". ebenfalls für erwiesen hielt es der senat, daß rainer einen anleitungstext zum strommastabsägen mitverfasst hätte.
dies, seine angeblich unersetzlichen handwerklichen fähigkeiten sowie seine fehlende reue begründen die bei ihm ausgesprochene strafe, die bedeutet, daß rainer höchstwahrscheinlich weitere monate in den knast muß.

EIN ERSTES FAZIT :

der §129a ist gefallen, die baw hat ihre konstruktion, die sie zuletzt mit hohen strafforderungen in ihren plädoyers nochmals bekräftigte, nicht durchsetzen können.

stattdessen wurde nach krimineller vereinigung (§129) verurteilt.

die urteile gegen rainer hübner und andi semisch sind ausschließlich auf der grundlage der gemachten aussagen anderer mitangeklagter gefällt worden. der widerruf derselben blieb einmal mehr bedeutungslos!

die konstruktion einer sog. terroristischen vereinigung stand und fiel in diesem prozeß vor allem mit der bewertung eines linguistischen gutachtens. nachdem dieses als beweismittel regelrecht demontiert wurde, fiel die ganze kette anderer, angeblicher indizien mehr und mehr in sich zusammen.
entsprechend hat der senat in der urteilsbegründung der linguistik einen besonderen abschnitt gewidmet. darin wurden kriterien aufgestellt, an die eine juristische verwertung $ lingüistischer gutachten in künftigen prozessen gebunden sein dürfte. diese beinhalten:

1. eine ausreichende menge an schriftlichem material
2. eine sortenverschiedenheit, d.h. dem zweck und wesen nach unterschiedliche $ schriftstücke, wie z.b. privatbriefe und politische erklärungen.
3. die berücksichtigung sog. sozioeklektischer einflüsse, was wohl bedeuten s soll, daß die beteiligung von verschiedenen personen am verfassen von z.b. bekennerschreiben einbezogen werden muß.

damit hat diese angebliche wissenschaft ihre feuerprobe in diesem verfahren nicht bestanden. die anforderungen an linguistische gutachten "fingerabdrücke" werden jedoch in diesem urteil und durch diese voragben präzisiert, die gerichtsverwertbarkeit wird vorangetrieben.

die "strafzumessungen" blieben wie in staatsschutzverfahren üblich an reue und sog. günstige bzw. ungünstige zukunftsprognosen gebunden.

als "mild" sind die urteile nur vor dem hintergrund anzusehen, daß im windschatten der schüsse vom 2.11. mit dem durchziehen einer auch noch so haltlosen §129a-konstruktion gerechnet werden mußte. ansonsten bleibt festzuhalten, daß leute auf grund zweifelhafter aussagen und konstruierter vorwürfe bis zu zwei jahren in u-haft gehalten wurden.$

nicht zu vergessen bleibt, daß im zusammenhang mit den schüssen vom 2.11. das verfahren gegen andreas eichler und frank hoffmann weiterläuft. zweifelhafte, mittlerweile zurückgezogene aussagen von früheren mitangeklagten sowie die unglaubwürdigen behauptungen von andreas eichler müssen herhalten, um bei frank hoffmann jetzt schon über 2 jahre u-haft zu rechtfertigen. frank gilt unsere weitere solidarität.

autonomes prozeßbüro am 22.3.90



BEMERKUNG ZUM BRIEF ZU "MILITANTE PERSPEKTIVEN" NR.94. S.10
Ihr zweifelt zu recht den Satz aus den "Militanten Perspektiven" an, daß nur gebildete Menschen die bestehenden Herrschaftsverhältnisse wirklich verstehen können. Was danach kommt, bestätigt jedoch genau das, wovon ihr vorher noch das "kalte Kotzen" bekommen habt. Wie gebildet muß man denn wohl sein, um eure scheingeistigen Sätze voller Fremd- und Professorenworte zu verstehen?
Wer damit Schwierigkeiten hat, ist dann halt ausgegrenzt, kann euren vielleicht so klugen Gedanken nicht folgen und wird womöglich kein "tieferes Bewußtsein über die HERRschaftsmechanismen" erreichen können. "Gehobene" Schulbildung ist kein Garant für das Erkennen und Verstehen von Herrschaft und trägt auch nicht unbedingt dazu bei, daß man von anderen besser verstanden wird, selbst wenn man irgendwie durchblickt. Vermittelbarkeit als Frage der Schulbildung?! T.

Zum Kampf in den KITAS

Kein Mensch im Senat hatte es ihnen zugetraut:Die Erzieherinnen streikten 10 Wochen.
Doch dieser längste Streik der Nachkriegsgeschichte erhielt kaum gesellschaftliche Unterstützung;lediglich ähnlich betroffene Berufsgruppen solidarisierten sich,sowie die betroffenen Eltern.

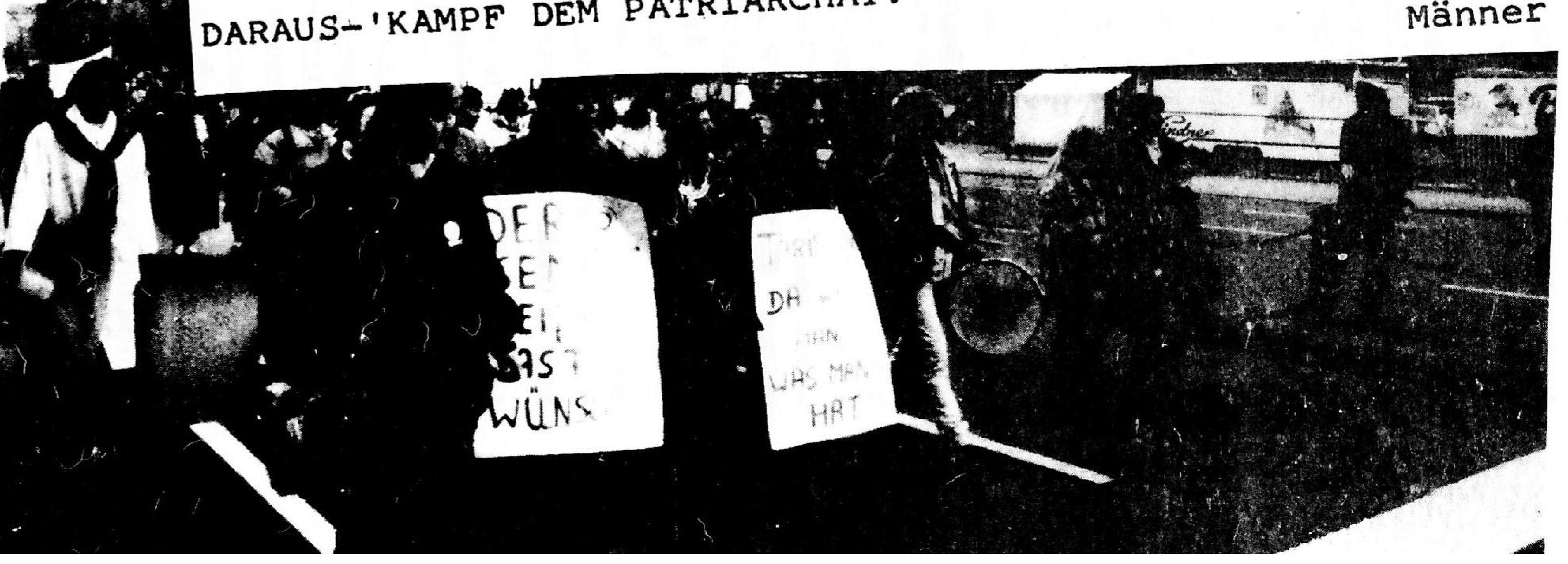
itas verbessern – Tarifvertrag jetzt!

Der Senat machte das Angebot,Eltern (sprich Mütter) in den bestreikten Kitas 14 DM/Stunde als Honorarkräften zu bezahlen. Sie sollten als bezahlte StreikbrecherInnen und VorreiterInnen für eine Entwicklung benutzt werden,die darauf abzielt,Kindererziehung als Beruf zurückzudrängen und wieder zur Hausfrauenaufgabe zu machen.
Die erwarteten Arbeitslosenzahlen in der DDR werden diese Entwicklung massiv unterstützen.Wenn in einer vereinigten BRD/DDR mit 5 Mio Arbeitslosen gerechnet wird,dann muß doch jetzt schon dafür gesorgt werden,daß Frauen an den Herd und AusländerInnen in ihre Herkunftsländer zurückkehren.



Wie kommt es,daß sich außer den Betroffenen kein Mensch mit den Erzieherinnen solidarisiert?Sollte es daran liegen,daß wir die Arbeit Erziehen als autoritär ablehnen?Aber durch Nichtverhalten lassen wir den Senat in seiner Erziehungsarbeit:"Den Frauen muß klar werden,daß sie nichts zu fordern haben" ungehindert walten.
Gerade in diesem Beruf kann Solidarität und das Gefühl:Gemeinsam sind wir stark besonders gut vermittelt werden.Gerade hier kann eine Grundlage für spätere gesellschaftliche Veränderungen geschaffen werden.
Es gibt also Grund genug,sich mit den Erzieherinnen zu solidarisieren.Sie sind sauer auf die Gewerkschaften,die den Streik ohne Ergebnis aussetzen und "auf einen besseren Zeitpunkt " warten.
Sie organisieren sich jetzt unabhängig.
LASSEN WIR SIE NICHT ALLEIN UND MACHEN EINEN GEMEINSAMEN KAMPF DARAUS-'KAMPF DEM PATRIARCHAT!

Männer



Was passiert mit unseren Häusern?

Nicht nur im Prenzlauer Berg arbeiten Westberliner Immobilienfirmen und Ostberliner Behörden Hand in Hand

Ein neuer Begriff ist aus Westberlin nach Ostberlin herübergekommen, die "sanfte Stadterneuerung" und profiliert sich mit bunten Ausstellungen. Und während die regionalen Runden Tische in Berlin von Beteiligung von Bürgern und selbstverwalteten Betrieben träumen, haben die gewendeten Funktionäre der Kommunalen Wohnungsverwaltungen und der Stadtbezirksverwaltungen längst begriffen, um was es wirklich geht und gieren auf profitable Abschlüsse. Westberliner Immobilienfirmen haben schnell das Geschäft gerochen, das mit zugrunde gerichteten Städten zu machen ist und traten reihenweise bei den Stadtverwaltungen an.

Im Berliner Stadtbezirk Prenzlauer Berg ist jetzt ein besonders gravierender Fall aufgeflogen. Die Firma Data Domizil, selbst nach Westberliner Maßstäben ein unseriöses Unternehmen, verhandelte mit dem Leiter der KWV, Thiele. In einer Absichtserklärung zu Händen des Stadtbezirksbürgermeisters Schulze erörtert die Firma die Umrisse des künftigen Unternehmens "Joint Venture Grundstückverwaltung GmBH". Das Eigentum soll in der Hand einer Aktiengesellschaft liegen, die "vorerst" staatlicher Besitz wäre, In der Verwaltungsgesellschaft sollen auf Seiten der DDR "leitende Persönlichkeiten aus der Direktion des VEB Kommunale Wohnungsverwaltung Prenzlauer Berg" teilnehmen, die 50% der Geschäftsanteile vertreten. Die Verwaltung der volkseigenen Häuser des Stadtbezirks, etwa 60% der vorhandenen Grundstücke, 40.000-50.000 Wohneinheiten, soll natürlich kostendeckend geschehen, ohne Subventionierung der Mieten. "Es ist", heißt es wörtlich, "anzustreben, daß innerhalb eines Übergangszeitraumes von ca. 1 Jahr die Mieten das etwa 4 bis 5-fache des heutigen Niveaus erreichen." Selbst unter Berücksichtigung der niedrigen Einkommen in der DDR sei ein Mietpreis bis 300,- Mark zumutbar, etwa 4,- bis 6,- Mark je Quadratmeter. Zugleich ist die Reduzierung des Personals der KWV mit Hilfe modernster Technik geplant. Die Baubetriebe der KWV sollen privatisiert werden. Vorgeschlagen wird, daß etwa die Hälfte des Wohnungsbestandes, vorrangig leer- und teilleerstehende Objekte an kapitalkräftige Dritte verkauft oder verpachtet wird.

Diese Vorstellungen sind übrigens nach marktwirtschaftlich-kapitalistischen Verhältnissen durchaus normal. In diesem Fall kommt aber hinzu, daß die Firma Data-Domizil in Westberlin in der Vergangenheit durch besonders rücksichtsloses Benehmen gegenüber Mietern aufgefallen ist und auch in ihrem sonstigen Geschäftsgebahren immer hart am Rande der Legalität entlangsegelt. Rechtswidrige Räumung, Schlampige Sanierung, Einsatz von Schwarzarbeitern, Unregelmäßigkeiten bei der Abrechnung öffentlicher Gelder, Schaffung vollendeter Tatsachen, Bedrohung von Mietern und Firmen sind Normalität. Die Firma ist das, was man im Westen eine Abschreibungsgesellschaft nennt.

In diesem besonders gravierenden Fall kam es glücklicherweise nicht zum Vertragsabschluß. Nachdem der Rat des Stadtbezirks aus Westberlin zahlreiche Warnungen erhalten hatte, ließ das Neue Forum am Runden Tisch des Stadtbezirks mit einer Fülle von Material die Angelegenheit platzen. Der Chef der KWV, Thiele, leugnete Stein und Bein. Er habe lediglich informierende Gespräche geführt. An einen Abschluß sei nicht gedacht gewesen, dazu fehlten ja auch die Rechtsgrundlagen. Ein Schuldnachweis war, wie so oft, nicht möglich. Immerhin aber fiel auch dem Runden Tisch auf, daß ein direkter Zusammenhang mit der auffallenden Zurückhaltung der KWV bei der Vergabe von Räumen an selbstverwaltete Projekte und Gewerbetreibende bestehen könnte. In jedem Fall dürfte bei den Verantwortlichen die Überlegung maßgebend sein, daß sie unter marktwirtschaftlichen Verhältnissen in einigen Monaten einen weit besseren Schnitt machen können.

Der Stadtbezirk Prenzlauer Berg ist kein Einzelfall. In Berlin Köpenick agiert die Firma Klingbeil. Genauere Informationen haben wir über die Vorgänge in Berlin-Friedrichsain, wo es offenbar schon zu weitergehenden Verbindungen mit einer Nachfolgefirma der berüchtigten Immobilienfirma Neue Heimat, der "WIR", gekommen ist. Die Friedrichshainer KWV muß einige Bedingungen erfüllen, um das Geschäft für die Neue Heimat lukrativ zu machen. Die zur Debatte stehenden Häuser müssen vorher saniert werden. "Natürlich" durch die KWV. Die Maßstäbe wiederum setzt die WIR. So zum Beispiel in der Niederbarnim, der Mainzer und der Kreutziger Straße. Hier läuft schon die Projektierung und der Bau. Die Erdgeschosse, die ersten Etagen, die Dachböden und die Fassaden werden in BRD-Standard restauriert und in Gewerberäume, Büroräume und Atelierwohnungen umgewandelt. Die anderen Etagen werden nach billigstem DDR-Standard saniert. In diesen billigen Wohnungen sollen später - und das erscheint in erster Betrachtung völlig unklar - die noch in Kreuzberg lebenden AusländerInnen einziehen.

Wenn man die derzeitigen politischen Bestrebungen betrachtet, geht jedem ein Licht auf. Bei einer Vereinigung beider Teile der Stadt wird Kreuzberg Stadtzentrum. In diesem Fall soll, so die Planung des Westberliner Senats, Kreuzberg völlig neu strukturiert und im Zuge der sogenannten "behutsamen Stadterneuerung" ein teures Schicki-Micki-Viertel werden. Diesen Plänen ist die größtenteils türkische Bevölkerung im Wege. Also müssen sie weg. In den Ostteil der Stadt. Die dann nach oben schießenden Mieten können sie sich sowieso nicht leisten. Auch die Kreuzberger Armutsbevölkerung (Obdachlose, Sozialempfänger) müssen dann weichen. Anzunehmen ist auch, daß bei der Realisierung dieses Planes versucht wird, die Kreuzberger Links- und Alternativszene zu zerschlagen. d.w., r.l.



HAUSBESETZUNG IN OSTBERLIN – WIR AUCH? WARUM DENN NICHT!

Schon seit geraumer Zeit gibt es auch im Ostteil der Stadt eine immer stärker werdende HäuserbesetzerInnenbewegung. Zur Zeit sind ca. 70 Häuser in Ostberlin besetzt, beim wöchentlich stattfindenden Häuserplenum allerdings nur ca. 20 davon vertreten. Vielfach werden ganze Häuser von einer Handvoll Leuten besetzt und bewohnt. Wohl auch aus diesem Grund wandern verstärkt BesetzerInnen rüber, um dort, wo es noch ausreichend Objekte der Besetzungsbegierde gibt,-sich breit zu machen. Die Köpenicker ist Ost-West gemischt, die Kastanienallee wurde von Wessis besetzt,.. Mit dem Wissen im Hinterkopf, daß die Mitwohnzentrale oder auch über's schwarze Brett an TU und FU Wohnungen und Häuser in Ostberlin vermittelt werden, zu Mietpreisen die hier kaum noch zu finden sind, die Zeitungen voll mit Hauskaufgesuchen in der DDR sind, mit diesem Wissen im Kopf erscheinen die Besetzungen dort erstmal zweifelhaft. Das was wir hier nicht hinkriegen, nämlich eine starke und breite Unterstützung für Besetzungen, geben wir auf und gehen rüber, dort wo es noch relativ leicht durchzusetzen ist (zumindest z.Z. noch) ohne sofortige Räumungsdrohung und ohne dafür kämpfen zu müssen (auch zum. z.Z. noch). Andererseits und die Aspekte sind einleuchtend, warum nicht? Wenn dort wirklich genug Besetzungsmöglichkeiten für alle da sind, wenn dort eher ein Mangel an besetzungswilligen Menschen ist, wenn dort vielleicht eine weitere Wohnraumzerstörung nach westlichem Vorbild ver/behindert werden kann? Dadurch, daß es viele sind steigen zumindest die Chancen dafür.
In der Kreuziger, der Niederbarninmer und der Mainzer sind Besetzungen auch von Wessis wohl erwünscht, denn dort läuft ein Umstrukturierungsplan schon und dort ist die Notwendigkeit sich zur Wehr zu setzen an erster Stelle; alle helfenden Hände sind erwünscht, da somit auch nochmal vertärkte Öffentlichkeit erreicht werden könnte und sie so vor einer Räumung mehr zurückschrecken. Allerdings sollte uns dabei klar sein, daß wir uns an den Häuserplenas etc. beteiligen und uns dort engagieren und nicht nur drüber freuen, daß wir endlich mal 'n tolles Haus haben sondern auch bereit drum zu kämpfen. Denn Leute die das, was für sie nützlich und profitabel ist drüben rausziehen gibts mehr als genug und genau das "zusammen was wollen" gegen die Interessen von Oben, ob jetzt aus Ost oder West oder sonstewo, ist ja auch das, was uns, von denen die über Mitwohnzentrale oder schwarzes Brett sich ne Wohnung suchen unterscheiden sollte (wobei es denen auch nur bedingt übel zu nehmen ist). Ein anderer wichtiger Aspekt, ist die geplante Vermietung an türkische Menschen in diese Wohnungen, da heißt es aufpassen auf die gegenseitigen Interessen, damit die Spaltung nicht schon von links vorprogrammiert wird und übelstenfalls auch noch von Rechts aufgegriffen wird nach dem Motto: dann noch lieber die shcmuddeligen BesetzerInnen als die dreckigen Türken. Aber ob sie ihre Umsetzungs+Umstrukturierungspläne soweit überhaupt in die Realität umsetzen können liegt ja an uns, ne. Also denn, damit die Gegenwart nicht so bleibt wie sie ist und die Zukunft so wird wie wir sie wollen!

Die verborgene Kamera



APARTHEID IST KEINE KULTUR,
DIE SICH VON DER HIER IM WESTEN UNTERSCHEIDET,
ABER SIE IST DIE RAUHE UNGESCHLIFFENE ART DAVON.

APARTHEID IST KEIN FLECK DER WESTLICHEN KULTUR,
SONDERN SIE IST DAS HERZ DAVON.

APARTHEID IST DAS OBJEKTIV,
WODURCH DU DAS GANZE SEHEN KANNST,
EIN MIKROKOSMOS,
EINE OFFENBARUNG DARÜBER,
WAS WESTLICHE KULTUR EIGENTLICH IST.

CEDRIC MAYSON

DIE VERBORGENE KAMERA - eine Photoausstellung zu Südafrika, die vor allem die schwarze Realität dort beschreibt. Die Bilder sind klar und nüchtern und vermitteln dadurch das, was sie auch sollen: Alltag.

Die Photographen und auch die Menschen, die die Ausstellung zusammengestellt haben, verstehen diese Bilder als einen Teil von Widerstand. Sie dokumentieren die Realität in Südafrika und machen auf eine andere Art betroffen als spektakuläre Bilder nur der schlimmsten Auswüchse. Die Erkenntnis der bis in den letzten Winkel dringenden Unterdrückung und Ausbeutung der Schwarzen durch die weißen "Herrenmenschen" ist eine wesentliche Grundlage der Solidarität mit ihnen.
Doch Bilder sind in ihrer Aussagekraft begrenzt. Sie beschreiben die Wirkungen einer Politik, aber nicht deren Ursachen und zeigen auch nicht das, was weit über Südafrika hinausreicht. Sie machen betroffen, aber lassen die Betrachtenden erstmal alleine und recht hilflos der Situation in Südafrika gegenüberstehen, wo die Antwort auf die dortige Vernichtungspolitik doch nur Organisierung und Widerstand dort und hier heißen kann.
Darum haben wir versucht, die Eindringlichkeit der Bilder mit der Nüchternheit von Erklärungen und Diskussionen um Widerstand zu verbinden. Die Texte sind zum Teil von uns geschrieben, zum Teil aus Büchern und Broschüren entnommen, bzw. zusammengefaßt.
Teilweise stehen sie in direktem Zusammenhang zu einzelnen Photos. So versuchen wir zu erklären, was Homelands und Townships eigentlich sind und welche Funktion sie haben.

Ein anderer Teil der Texte versucht die Geschichte des Widerstands in Südafrika zu beschreiben, ohne deren Kenntnis die heutige Situation und Widersprüchlichkeit unverständlich bleibt.
Der größte Teil der Texte löst sich von den Bildern.

Wir denken, daß Apartheid nichts isoliertes darstellt. Sie hat ihre geschichtlichen Wurzeln in Europa, gerade auch in dem damaligen (und hoffentlich nicht auch zukünftigem) Deutschland, wie wir anhand eines Ausschnitts einer Rede von K.H.Roth zeigen. Diese Rede ist auf einem Kongreß zu dem 500 jährigem europäischen Kolonialismus gehalten worden. In ihr zeigt K.H.Roth die Entwicklung einer Sozialpolitik, die auf Vernichtung durch Arbeit beruht, auf, die als Vorlage sowohl im deutschen Faschismus, als auch bei der Errichtung des Apartheidsregimes der Buren gedient hat.
Weiterhin hat die Apartheid ihre Wurzeln in der Perfektionierung rassistischer und sexistischer Ausbeutungs- und Unterdrückungsmechanismen.
Diese sind von dem hier herrschenden Rassismus und Sexismus nicht verschieden, sondern nur brutaler und offener.

Auch hier ist die deutsche Geschichte mal wieder wegweisend. Das Wiedererstarken von rassistisch - faschistischen, bzw. reaktionär- sexistischen Strömungen in der BRD und der DDR machen nocheinmal deutlicher, wie verlogen die Verurteilung des Apartheidsregimes durch die hiesigen Politiker ist. Kampf gegen Apartheid ist der Kampf der Menschen gegen Sexismis, Rassismus und Imperialismus. Das wissen viele schwarze SüdafrikanerInnen genau, und gerade deshalb wollen die Regierungen und Multis Verhandlungen mit den Führungen der Opposition, aber versuchen alle Ansätze von Selbstorganisierung zu zerstörungen. Sie wollen die Macht vielleicht teilen, aber nicht abgeben. Und dafür brauchen sie den Rassismus und Sexismus genauso, wie die Herrschenden hier. Dies soll in den entsprechenden Beiträgen deutlich werden.
Aber auch der Widerstand dagegen, vor allem der, der schwarzen Frauen soll beschrieben werden. Nicht um ihn zu mythologisieren und sich dahinter zu verstecken, aber um ihn sichtbar zu machen und daraus zu lernen.

Und nicht zuletzt, denn darin sehen wir den entscheidenen Ansatzpunkt unserer Solidarität, ist Südafrika noch auf ganz materielle Weise mit den imperialistischen Staaten hier verbunden. Texte zur Konzernpolitik sollen die Verflechtung von Südafrikanischer Wirtschaft mit dem Weltmarkt und den europäischen Multis verdeutlichen.

Dabei halten wir die bisherigen Ansätze der Solidaritätsbewegung wie z.B. den Früchteboykott nicht für falsch, aber für zu kurz gegriffen. In der Darstellung der Anti - SHELL - Kampagne wollen wir zeigen, wie ein Solidaritätsbegriff den Charakter bekommen kann, wie in Almicar Cabral 1964 gefordert hat.
Und wir wollen der Betroffenheit etwas hinzufügen und der Hilflosigkeit entgegensetzen.

In diesem Sinne:

SHELL RAUS AUS SÜDAFRIKA - KILL A MULTI!!!

2. bis 15. April '90

Mo-Fr 15-20 Uhr Sa, So 11-20 Uhr

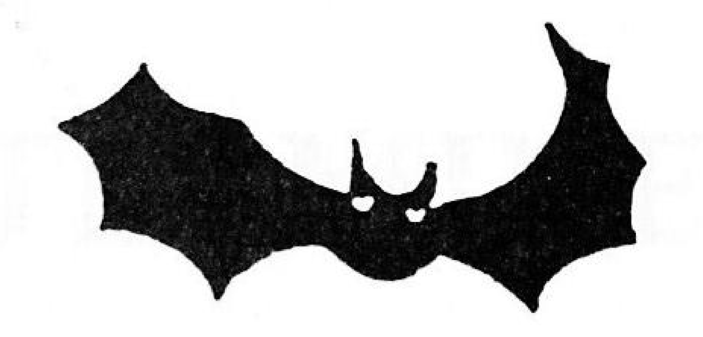
Yorckstr. 59 (HH. 2.OG re.) 1-61

18. bis 28 April '90

in der Schweinemensa, FU-Berlin

unterstützt vom ASTA-FU

Die SCHWEMME macht F E I E R A B E N D



und den letzten Abend, den feiern wir ab
am 13. April , Karfreitag im Jahre 1990, da es die Schwemme über mehrere Jahre gegeben hat, mit einem lachenden Auge und einem weinenden. Das Weinende, weil ein Stück "Struktur" zusammenbricht. Doch nicht, weil Schweine und Kapital uns vernichten, sondern weil der freitagabendliche Bier-,Kino-,Disco-Konsumgenuß anscheinend doch mehr bringt (oder ist die Mauer schuld, oder weil das Schlesische Tor nur der letzte U-Bahnhof ist ? ? ? ? ?)



Wir haben uns gewünscht, daß eine ständige Knastkassenkneipe auch dem Anspruch "der permanenten Wichtigkeit des alltäglichen Knastkampfes" entspricht. Aber weit gefehlt und wenn die Wirklichkeit dich überholt........
Das war die Ode an die Trauer und jetzt zum lachenden Auge: an alle die Karfreitag nix zu tun haben, die können ihr Geld noch für Osterpakete abgeben.

Und wir freuen uns, daß wir freitags jetzt immer frei haben

Zehn kleine Negerlein, die waren.......

ÜBERNACHTUNGSPLÄTZE GESUCHT!

Über die Karwoche werden sich 30/40 Basken und Baskinnen aus dem Autonome-Spektrum in Westberlin aufhalten.
Ein Freies Radio in Bilbao organisiert die Reise. Für die Übernachtung brauchen sie Platz: Wgs, Matratzenlager, egal was...
Wenn ihr was habt und jemanden aufnehmen könnt, so ruft bitte bei Babylonia (6116089, 36-Cuvrystr. 20/23; Bürozeit 14bis 17 Uhr, sonst Anrufbeantworter) an.

Einladung

zum Vorbereitungstreffen für eine Demonstration am 8.5.1990 gegen den Anschluß der DDR, gegen Nationalismus, Rassismus, Sozialabbau

am Donnerstag, den 5.4.1990 um 19.00 Uhr im AStA der TU, Marchstr. 6, 1000 Berlin 10

Seit März hat sich bisher dreimal ein Kreis, bestehend aus VertreterInnen der ASt'en FU und TU, der ESG, des Bündnisses gegen Faschismus, Rassismus, Sexismus, VVN/BdA, Antifa West-Berlin, SEW, der Friedenskoordination, des PROjekts WOchenzeitung, KPD-Ost, § 218-Koordination, AJW, Volksfront, PDS, Autonome Antifa der Hauptstadt, Antifa-Koordination Marzahn, Autonome KommunistInnen Westberlin und der AL zwecks Vorbereitung und Durchführung einer Demonstration am 8.5. getroffen.

Ebenso besteht das Gerücht, daß die "Republikaner" am 8.5. eine "nationale Konferenz" im ICC abhalten wollen. In einem von den "Republikanern" Anfang des Jahres verteilten Flugblatt wurde noch in den Reichstag eingeladen. Dieses Gerücht hat sich jedoch auf Nachfrage bisher nicht bestätigen lassen.

Auf dem letzten Treffen am 26.3. wurde eine Arbeitsgruppe mit dem Entwurf eines Aufrufs beauftragt, der dieser Einladung beiliegt.

Weitere Termine könnt Ihr über den AStA FU (831 40 08) die PROWO (618 80 02/03) oder die StudentInnengemeinde der ESG (313 20 39) erfragen.

austr. 2a.
19.00 - 21.00 Autonome AlkoholikerInnen Selbsthilfe, Beratung im Heilehaus, Waldemarstr. 36.
19.00-24.00 Cafe des Autonomen Begegnungszentrum "Kirche von unten", Elisabethkirchstr. 21, Berlin, Hauptstadt der DDR.
20.00 Antifa-Kneipe jeden 2 und 4. Mittwoch im Monat im Falckeladen, Falckensteinstr.46

Donnerstag 12. 4.
20.00 "Deutschland - DaDa"
Der Farbfilm zeigt den Dadaismus seit seiner Gründung in Zürich und seine Entwicklung als Reaktion auf die offizielle Kunst und die politischen Verhältnisse in Europa. Im A-Laden Rathenower Str. 22

SAMSTAG 14.4
ab 15.00 Hoffest in der Lindenstr.40/41 (siehe Flugi im Heft)

jeden Tag

Wenn im **Hungerstreik der spanischen Gefangenen** die erste Person ermordet wird: Am selben Tag um **20.00 VV** im Drugstore; Potsdamer Straße 180

Info-Tel. 04221/74945 oder schriftlich: Infotelefon c/o ALBUM, Oldenburger Str. 13, 2870 Delmenhorst.

Lesbisch-feministisches Infozentrum & Treffpunkt Kohlfurther Str. 40. Tel.: 614 94 98

13.00 - 20.00 Besetztes Infocafé in der Lübbenerstr. 29

14.00 - 18.00 Stadtteilladen Rat und Tat, Liebenwalderstr.16

14.00 - 20.00 Infocafé in der Nostizstr. 49

15.00 - 24.00 Café der 19.000 Wohnungslosen in der Remise Danckelmannstr. 54a

16.00 - 18.00 Infocafé Vamcs, freitags nur für Frauen. In der Marchstr.

20.00 Kurzkundgebungen zum Hungerstreik vor dem Knast Moabit (?)

Mo. - Fr. 10.00 - 18.00 Café Geschwulst im Keller des OSIs in der Ihnenstr. 22.

Di. - Do. ab 15.00 A-Laden Moabit, Rathenower Straße 22

Donnerstag, 5. 4.

17.00 "The Brixton Tape" Dokumentation über den Aufstand von Brixton 1981. Im El Locco

20.00 "Die Idee" Genialer Zeichentrickfilm nach und mit Holzschnitten von Frans Masereel von 1931 und **"Ich bin kein Herr"** Versuch, die politische und künstlerische Persönlichkeit von Ernst Busch aus seinen Jugenderfahrungen heraus zu entwickeln. Im A-Laden, Rathenower Str. 22

21.00 "Die Mitläufer" Wochenschaufragmente und Spielfilmszenen, die den Alltag der einfachen Menschen im Faschismus porträtieren. Im El Locco

jeden Donnerstag

16.00-22.00 Frauentag im Infocafé Lübbenerstr. 29

18.00 Gruppentermin des ASTI (anarchistische Gruppe) im A-Laden, Rathenowerstr. 22.

19.00 Häuserkampfplenum in der Nostizstr. 49.

Freitag, 6. 4.

19.00 Treffen zum **Tod Mahmud Azhars,** der Anfang Januar Opfer eines rassistischen Überfalls wurde. (Siehe Interim 95, S. 9) Was können wir tun, damit dieser und andere Überfälle nicht in Vergessenheit geraten. Im TU-Hauptgebäude, Raum EB 226

21.00 BesetzerInnenvideos: **"8 Tage hinter Barrikaden".** In der Köpenicker Str. 137

23.00 "Die Mitläufer" Siehe Do. 21.00. Im El Locco

21.00 Frauen und Lesbenfest im "Steps"; Großbeerenstr.64

jeden Freitag

15.00 - 20.00 Infoladen Lunte geöffnet

19.00 Volksküche immer vegetarisch, nie Alk, im besetzten Infocafe Lübbenerstr. 29.

21.00 - 3.00 Cafe des Autonomen Begegnungszentrum "Kirche von unten", Elisabethkirchstr. 21, Berlin, Hauptstadt der DDR.

Samstag, 7. 4.

17.00 "... Dann war mein Leben nicht umsonst" - Martin Luther King. Dokumentarfilm, der an Hand von zeitgenössischem Wochenschaumaterial und Äußerungen Betroffener das Leben des amerikanischen Pastors und Führers der Farbigen rekonstruiert. Im Mittelpunkt stehen entscheidende Epochen aus seinem Leben bis zu seinem Tod durch ein Attentat im April '68. Im El Locco

21.00 "Marktbesoffenheit in Ost und West" Publikumsdiskussionsrunde anhand des Interviews von Elmar Altvater in der WOZ am 2. 3. 90. Die Planwirtschaft habe versagt, mit dem Bankrott der Kommandowirtschaften im östlichen Europa müßten planorientierte Wirtschaftsmodelle begraben werden. So tönt es seit ein paar Monaten nicht nur in bürgerlichen Stuben. Liegt das Heil der Welt tatsächlich im freien Spiel der Marktkräfte?
Freier Markt fürs Kapital
"Wenn wir die Realität dieses Weltmarktes betrachten, dann lebt zwar ein Großteil der Weltbevölkerung in der einen oder anderen Form in Marktwirtschaften, aber nur zehn Prozent dieser Bevölkerung profitieren wirklich davon, während der große Rest die Ausgestossenen, die "Verdammten dieser Erde" sind". Im El Locco

22.00 Frauendisko im "Anfall" - Gneisenaustr.

jeden Samstag

11.00 - 14.00 Frauentag in der M99

12.00 Frühstück in der Nostitzstr. 49.

16.00 - 20.00 Antifa-Info-Telefon 692 15 99. Informiert euch und uns über Überfälle Faschoaktionen, Prozesse, ...

Sonntag, 8. 4.

17.00 "... Dann war mein Leben nicht umsonst" - Martin Luther King. Siehe So. 17.00. Im El Locco

18.00 Kiezküche Wedding. Bei den Zorrows, Grüntaler Str. 38

19.00 "Mephisto" Ungarn/BRD/ Österreich '80. Aufstieg des Theaterschauspielers Hendrik Höfgen vom Provinzmimen zum Intendanten der Berliner Staatsschauspiele während der Nazizeit: Das Psychogramm eines karrierebessenen, der seine Überzeugung dem Erfolg opfert und seinen zwangsläufigen Opportunismus mit genialischem Künstlergehabe vor sich und anderen zu rechtfertigen versucht. Unter Verwendung des polemischen "Schlüsselromans" von Klaus Mann (Höfgen trägt die Züge Gustaf Gründgens), erweitert die Regie die Geschichte zum Modellfall und reflektiert über die Beziehungen und Widersprüche zwischen Kunst und Politik, Moral und Macht, Identität und Rollenspiel. Im El Locco

21.00 Zwischen den Zeiten Das brachliegende Gelände des Gleisdreieckes ermöglichte eine Entwicklung der Vegetation die sonst nirgendsmehr in Berlin zu sehen ist. Jedoch ist ziemlich sicher, daß diese Ära bald zu Ende ist und der weiteren rücksichtslosen industriellen Expansion Platz gemacht wird. Im El Locco

jeden Sonntag

14.00 Neuköllner Kiezküche. Diesmal neu:"Fettes Frühstück" zum üblichen Kiezküchenpreis. Im Syndikat, Weisestr. 56

14.00 Koordinierungstreffen der VertreterInnen der Gruppen, die die Aktionswoche **Wedding bebt - Wedding lebt** für Ende April vorbereiten. Im SEW-Gebäude, Weddingstr. 6, U-Bhf Nauener Platz

16.00 ♀♀-Kiezcafé im Falckeladen, Falckensteinstr. 46. Kinder sind erwünscht.

ab **18.00 Kiezküche** im Anfall, Gneisenaustr.64

Montag, 9. 4.

20.30 "Born in Flames" 10 Jahre nach einer fiktiven sozialistischen Revolution in den USA lehnen sich die Frauen auf, weil sich an ihrer Situation nichts geändert hat. Im Syndikat, Weisestr. 56
Wo ist eigentlich das verprochenen Freßpaket von letzter Woche geblieben? Hungrigst t.

jeden Montag

Redaktionschluß für den Terminkalender. Ausnahmen nur in ausführlichst und gut begründeten Einzelfällen (nix mit Briefkasten nicht gefunden u. ä.) und mindestens zwei Tafeln Marabou oder Toblerone!!!

Lesbentag im Café Anna(l), Muskauer Str.15

15.00 Frauencafé im A-Laden, Rathenower Straße 22

15.00 - 20.00 Infoladen Lunte, Weisestr. 53 geöffnet

18.00 - 20.00 Antifajugendcafé im Infoladen Lunte.

19.00 Autonome AlkoholikerInnen Selbsthilfetreffen im Heilehaus, Waldemarstr. 36

19.00 Volksküche im besetzten Infocafe Lübbenerstr. 29.

20.00 Volksküche in der Nostitzstr. 49.

Dienstag, 10. 4.

jeden Dienstag

16.00 - 20.00 Antifakneipe im Krümel Weserstr.155

19.00 Gruppentermin der FAU (Freie ArbeiterInnen-Union) im A-Laden, Rathenauer Str. 22

20.00 - 22.00 Ermittlungsausschuß (EA) Tel.: **692 22 22** im Mehringhof

Mittwoch, 11. 4.

Yoko Ono-und Bed-Peace-Nacht im Café Anal, Muskauer Str. 15

jeden Mittwoch

15.00 - 20.00 Infoladen Lunte geöffnet

16.00 - 19.00 MieterInnencafé in der Lunte, Weisestr. 53

18.00 antifaschistisches Jugendcafé Schöneberg, mit Kickern, Tischtennis (besser Kellen mitbringen), Musik Hören, Getränken, Infomaterial und hoffentlich irgendwann auch endlich Videos. Im Drugstore, Potsdamer Str. 180

19.00 Treffen der Immernoch-volkszählungsboykotteurInnen im Blauen Salon, Mehringhof, Gneisen-

Weiter geht's auf Seite 39